



NEUZEHN JAHRE haben die Vereinten Nationen gebraucht, um die «Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund von Religion oder Glaube» zu erarbeiten. Sie ist jetzt einmütig, also ohne formelle Abstimmung, beschlossen worden. Schon vor 36 Jahren, als in San Francisco die Charta der Vereinten Nationen entworfen wurde, haben fünf Staaten verlangt, darin die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit ausdrücklich zu nennen. Das blieb damals vergeblich. Erst 1972 hat die Generalversammlung beschlossen, einer Erklärung über religiöse Intoleranz Vorrang zu geben vor weiteren Überlegungen für eine verbindlichere Konvention dazu. Am Tag der Menschenrechte, am 10. Dezember, haben der Iraker Ismat Kittani, Präsident der diesjährigen Generalversammlung, und der Österreicher Kurt Waldheim diese Deklaration über religiöse Intoleranz als eine der wesentlichen Leistungen der gegenwärtigen 36. Sitzungsperiode und als einen Meilenstein im Kampf gegen Diskriminierung bezeichnet.

Seltener Konsens

Die Deklaration beruft sich auf menschenrechtliche Grundsätze in der Charta der Vereinten Nationen und stellt fest, dass jedermann zustehende Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit enthalte die Freiheit, eine Religion oder «welchen Glauben auch immer» nach eigener Wahl zu haben, die Freiheit, individuell oder in Gemeinschaft mit anderen und öffentlich oder privat seine Religion oder seinen Glauben in Gottesdienst, Brauchtum, Praxis und Lehre zu bekunden.

In einem weiteren Artikel heißt es: «Niemand darf wegen seiner Religion oder anderer Glaubensgründe durch einen Staat, eine Institution, eine Gruppe von Personen oder eine Person diskriminiert werden.» Eingehend werden die religiösen Rechte von Eltern und Kindern beschrieben mit einem Schwerpunkt bei den persönlichen Rechten des Kindes: Religions- und Glaubenspraktiken, in denen ein Kind erzogen wird, dürfen seine körperliche oder geistige Gesundheit oder seine vollständige Entwicklung nicht verletzen.

Für religiöse Gruppen sollen gemeinsame Einrichtungen, Veröffentlichungen, Geldsammlungen, Feiertage, nationale und in-

ternationale Kommunikation gewährleistet sein. Die Deklaration verlangt eine Anpassung nationaler Gesetzgebungen an diese Rechte und Freiheiten von jedermann.

Sozialistische Staaten haben nicht ohne Bedenken zugestimmt. Ihnen schienen Rechte der Nichtgläubigen und die Freiheit auch zu atheistischer Propaganda nicht deutlich genug erwähnt zu sein. Sie deuten aber die Formulierung in diesem Sinne, der Mensch sei frei, «welchen Glauben auch immer» zu haben und zu bekennen. Der Vatikan würdigte das Ergebnis trotz mancher Schwächen und Nachlässigkeiten als angemessenen Beitrag zur Sache der Menschenrechte. In den Ausschlußberatungen kam es zu einer bemerkenswerten Kontroverse zwischen den Vertretern Marokkos und Irans. Während eine Marokkanerin daran erinnerte, in der Vergangenheit habe religiöser Fanatismus schreckliche Kriege ausgelöst, der Islam indessen predige Toleranz und der Koran bestätige dies, widersprach der iranische Delegierte: Die Gefolgsleute des Islam in seinem Land fragten nicht nach Toleranz. Was ihre Haltung gegenüber anderen Gottesreligionen angehe, wäre es eine Beleidigung gegen sie, wenn sie sie «tolerierten». Sie achteten sie entsprechend den Anweisungen des Korans. Weltliche Stellen seien nicht geeignet, religiöse Angelegenheiten zu behandeln, daher bitte er die Vereinten Nationen, es auch nicht zu tun, denn seine Regierung meine, Säkularismus und Materialismus verwirrten nur – religiöse und moralische Grundsätze müßten wiederbelebt werden.

Im Namen der islamischen Gruppe machte der Vertreter Iraks Vorbehalte gegen Passagen der Deklaration, soweit sie der islamischen Scharia oder nationalen Gesetzen zuwiderliefen, die auf diesem islamischen Recht beruhten. Die Volksrepublik China dagegen bekannte sich ausdrücklich zur Religionsfreiheit jedes einzelnen Bürgers, da alle Gläubigen und Nichtgläubigen unter dem Schutz des Rechtes stünden.

Im Kampf um die Menschenrechte ist diese Deklaration zur Beseitigung religiöser Intoleranz ein Fortschritt. Daß sie in den Vereinten Nationen ohne Gegenstimme angenommen wurde, kann manchem Opfer von Diskriminierung wenigstens ein Argument zu seiner Verteidigung sein. Zu einer rechtsverbindlichen Konvention ist es freilich noch ein weiter Weg.

Ansgar Skriver, New York

SPANIEN

Findet die junge Demokratie aus der Krise?: Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie fand in der Zeit der begonnenen wirtschaftlichen Rezession in Europa statt – Hinzu trat die schwierige Aufgabe der Regionalisierung – Das Spektrum der Parteien zentral und regional – Krise der regierenden Zentrumsparterie UCD – Unrast in der Armee – Der versuchte Staatsstreich und seine Nachwirkungen – Innenpolitische Aspekte von NATO- und EG-Beitritt – Beziehungen zur Kirche.
Manuel Alcalá, Madrid

THEOLOGIE

Lust an Gott – Lust an der Kirche?: Eine umfangreiche Arbeit von *Ludwig Weimer* über das alte Problem von Gnade und Freiheit – Ihm geht es darum, wie beides erfahren wird – Auf den Spuren der Kirchenväter sowie von H. U. v. Balthasar und K. Barth – Ort der Erfahrung ist die Kirche – Aber wie vorbehaltlos kann das Vertrauen zu ihr sein? – Grundfragen neuzeitlicher Religionskritik werden nicht beantwortet – Der faszinierende Traum von der vollkommenen Gemeinde und die Gefahren der Intoleranz.
Hermann Häring, Nijmegen

SICHERHEITSPOLITIK

Atomare Waffen und Abrüstung: Expertendebatte auf Einladung des Weltkirchenrats in Amsterdam – Theologische und ethische Reflexion bedürfen genauer Sachinformation – Wie weit läßt sich die traditionelle Lehre vom «gerechten Krieg» differenzieren? – Rühren die treibenden Kräfte für den Rüstungswettlauf mehr von der Politik oder vom technologischen Fortschritt her? – Wo und wann ist Beschränkung noch möglich? – Gewinnbarkeit eines Atomkrieges – Die NATO in ihrer europäisch verschuldeten prekären Rolle – Diskussion um die Chancen von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen – Die Kirchen, die Friedensbewegung und die Aufgabe der Vertrauensbildung.
Thomas Hoppe, Münster/Westf.

EVANGELISIERUNG

Das Ende des Radio-Dienstes SERPAL: Rücknahme der Serie «Ein gewisser Jesus» und gleichzeitige Selbstauflösung des Dienstes – Er sollte, nach 30jähriger Tätigkeit für Lateinamerika, seine Eigenständigkeit plötzlich kirchenamtlicher Kontrolle opfern – War sein Fehler Arglosigkeit? – *Eine Gruppe motivierter Menschen:* Arbeitsgemeinschaft und Basisbewegung (vgl. Kasten) – Auf der Suche nach einer Nachfolgeinstitution – Inseheim wünschen sich einige Verantwortliche sogar die umstrittene Serie zurück. *Karl Weber*

BUCHBESPRECHUNGEN

Zwei Nachschlagewerke zu Bibel und Judentum: Ein Lexikon sämtlicher biblischer Eigennamen und ein «Kleines Lexikon des Judentums».

Clemens Locher

INHALTSVERZEICHNIS 1981

Autoren-, Personen- und Sachverzeichnis des 45. Jahrgangs

FINDET SPANIEN AUS DER KRISE?

Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie, den Spanien in den letzten Jahren (1975–1981) vollzogen hat, ist ein bedeutendes historisches Ereignis. Erstmals in der europäischen Gegenwartsgeschichte fand der radikale, in mancherlei Hinsicht revolutionäre Wechsel eines politischen Systems nicht über eine als Katastrophe hereinbrechende Revolution statt. Diese Sachlage, von vielen als beispielhaft bezeichnet, wies aber eine ernstzunehmende Hypothek auf, die im versuchten spektakulären «Staatsstreich» vom Februar letzten Jahres ihren Höhepunkt erreichte. Vielen Beobachtern im Ausland und selbst in Spanien erscheint ein solcher Rückschlag des Pendels schwer erklärlich. Trotzdem lassen sich in der komplexen historischen Entwicklung bestimmte Schlüssel zum Verstehen finden: Sie sollen hier «sine ira et studio» vorgelegt werden. Zu einem Zeitpunkt, der ebenso für Ost- wie Westeuropa ausgesprochen schwierig ist, stellt die Zukunft Spaniens ein Problem dar, das, wie es beim spanischen Bürgerkrieg (1936–1939) der Fall war, über die Pyrenäen hinausreicht und den ganzen «alten Kontinent» betrifft.

Vor allem darf nicht vergessen werden, daß Spanien inmitten einer ungeheuren *wirtschaftlichen Krise* zur Demokratie überging, zu einem Zeitpunkt, da die steigenden Energiepreise Westeuropa in besonderer Weise in Mitleidenschaft zogen. Die Wirtschaft unter Franco stützte sich in den 60er Jahren vor allem auf drei Pfeiler: eine billige Energie, die beinahe vollständig importiert wurde, den ausländischen Tourismus und die starken Devisen, die von emigrierten Arbeitern herrührten. Das Zusammenwirken dieser drei Faktoren, gemeinsam mit einer zweifellos großen Anstrengung von innen her, hatte zu einem relativen Boom geführt und ein «Pro-Kopf-Einkommen» von 2000 \$ ermöglicht. Als die Ölkrise 1973 ausbricht, mit ihrer unmittelbaren Auswirkung auf EG und EFTA, erweisen sich zwei dieser Stützpfeiler der spanischen Wirtschaft als unzuverlässig: Die Gastarbeiter beginnen heimzukehren und verwandeln die Einnahmequelle, die sie zuvor darstellten, in «Arbeitsballast»: der Mangel an Arbeitsplätzen in Spanien weitet sich aus. Die Zahlungsbilanz erfährt eine bruske Erschütterung, da Spanien beinahe seine gesamte Energie einführen muß. Allein der Tourismus bleibt erhalten, der sich übrigens mehr durch Quantität als durch Qualität auszeichnet. Wenn all dies noch wenig wäre, so setzen das Auftreten und die Legalisierung der linken Gewerkschaften, die Sturzflut mehr oder weniger wilder Streiks und hinter all dem ein Mangel an Wirklichkeitssinn und die fehlende Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit die Produktivität, die auf dem Arbeitssektor in Spanien schon an sich tief ist, in gefährlicher Weise herab. Der relative Wohlstand einer Konsumgesellschaft ist daher plötzlich zu Ende, und die wirtschaftliche Wohlfahrt der schwächsten Bevölkerungsschicht gerät in Gefahr. Die erste Regierung unter *Adolfo Suárez* (1976–1977) gewinnt von der sozialistischen Opposition nicht die Zustimmung zu einem gemeinsamen Vorgehen, sondern bloß zu einem kurzlebigen «sozialen Pakt», und die Krise zeichnet sich noch schärfer ab für eine Gesellschaft, die nicht gewohnt ist, «vorauszuschauen».

Außer dieser Schwierigkeit macht sich eine andere, tiefgreifende bemerkbar, die an den Nerv des Staates rührt. Im Unterschied zu einer erzwungenen Vorstellung nationaler Einheit, die die regionalen Eigenheiten ignorierte und die Katalonien und ganz besonders das Baskenland in bezug auf Sprache und Kultur in ihrer Entfaltung hinderte, ließ die neue Verfassung von 1978 die Vision eines Staates mit autonomen Regionen aufkommen, die auf lange Sicht sich zu einer Föderation entwickeln könnten. Während die Autonomie Kataloniens keine besonderen Probleme brachte, stellte die Selbstverwaltung des Baskenlandes in hohem Maß eine Konfliktsituation dar; denn da gab es die traditionellen Unabhängigkeitsbewegungen und darüber hinaus die Untergrundorganisation der ETA: Sie er-

hob den Anspruch, im Baskenland eine unabhängige marxistisch-leninistische Republik zu errichten, und arbeitete mit einem professionell organisierten Terrorismus, der von der französischen Regierung mehr oder weniger geduldet wurde. Die von der ETA praktizierte Strategie der Attentate auf Armee- und Polizeiangehörige bedeutete eine tägliche Belastung und Bedrohung, die auf die junge Demokratie destabilisierend wirkte. Die neue Vorstellung von staatlicher Einheit war sehr viel dynamischer und flexibler als jene des Franquismus, aber sie würde auch von vielen anti-demokratisch gesinnten Sektoren der Gesellschaft, die in der politischen Übergangszeit «geschont» worden waren, nicht geteilt.

Der Verschleiß der Parteien

Als Folge der ersten allgemeinen Wahlen von 1977, des Referendums zur Annahme der Verfassung von 1978 und neuer allgemeiner Wahlen auf Gemeindeebene 1979, zusammen mit den Regionalwahlen in Katalonien und im Baskenland von 1979 und 1980, nimmt die politische Landschaft in Spanien allmählich den Charakter eines verwirrenden Puzzles an. Ihr Spektrum setzt sich wie folgt zusammen: Die zentrale Regierung stützt sich auf die Mehrheit der Zentrumspartei UCD (166 Sitze), jedoch nicht auf die absolute Mehrheit (176 Sitze). Sie muß sich daher an verschiedene Minderheitsparteien wenden, um ihre Projekte voranzutreiben. Es folgen die sozialistische Partei PSOE mit 121 Sitzen, die kommunistische Partei PCE mit 23 Sitzen und die konservative Partei der Alianza Popular (AP) mit 10 Sitzen. Die Stadtverwaltungen der großen Städte in Spanien stehen – aufgrund von Absprachen nach den Wahlen zwischen PSOE und PCE – unter linker Führung. Das autonome Parlament Kataloniens stützt sich auf eine relative Mehrheit der gemäßigten Partei, knapp gefolgt von der PSOE und der Partei der katalanischen Kommunisten. Das autonome Parlament des Baskenlandes stützt sich auf eine relative Mehrheit der gemäßigten nationalistischen Partei, hat jedoch mit einer starken Opposition seitens einer Koalition zu rechnen, die mit der ETA sympathisiert. Die Gewerkschaftsbewegung (bei einem Organisationsgrad von ungefähr 25 %) verfügt über zwei einflußreiche Gruppen. Die erste (mit geringem Vorsprung) ist diejenige der Arbeiterkommissionen (CCOO) mit kommunistischem Einschlag; die zweite ist die allgemeine Vereinigung der Arbeiter (UGT) mit gemäßigt sozialistischem Einschlag. Ein solcher Pluralismus ist, so läßt sich schließen, für eine so junge Demokratie, die über so wenig Erfahrung verfügt, wahrscheinlich zu groß.

Es kommt hinzu, daß sämtliche politischen Parteien eine tiefgreifende strukturelle Krise durchmachen. Die am stärksten verwurzelte Partei der Sozialisten (PSOE), die bereits hundert Jahre alt ist, sieht sich mit zweierlei Tendenzen in ihren Reihen konfrontiert: mit einer sozialdemokratischen unter den Parteiführern, zumal beim Sekretär *Felipe González*, und mit einer pro-marxistischen, vor allem bei der Gewerkschaftsbasis (UGT). Diese Spannungen sind noch nicht durch ein spanisches «Bad Godesberg» abgebaut worden, obwohl sich für eine nicht allzu ferne Zukunft eine ähnliche Lösung erahnen läßt. Die Kommunisten (PCE) sind gespalten aufgrund der euro-kommunistischen und der pro-sowjetischen Tendenzen sowie ob der straffen inneren Organisation, die zu jüngeren Tendenzen in Widerspruch gerät. Die konservative Partei AP zählte bis vor kurzem außer ihrem unbestreitbaren Leader, *Manuel Fraga*, nicht mehr als 10 Sitze im Madrider Parlament. Letztlich ist es dieser Partei gelungen, mit sehr knappem Vorsprung im autonomen Parlament von Galizien zu obsiegen, jedoch ohne die Möglichkeit zu regieren.

Die tiefgreifendste Krise durchlebt indessen im gegenwärtigen Moment die Zentrumspartei UCD, die für die zentrale Regierung hauptverantwortlich ist. Nachdem sie aus dem Zusam-

menschlich verschiedener politischer Gruppierungen hervorgegangen war, hatte sie sich relativ homogen erhalten und 1977 und 1979 dank der Persönlichkeit ihres Gründers, Adolfo Suárez, und der Aufteilung der Gewalt unter die verschiedenen Parteiführer den Sieg davongetragen. Diese bilden ein weites Spektrum, das von der Sozialdemokratie über die «democracia cristiana» sowie über eine Gruppe unabhängiger Persönlichkeiten bis zur liberalen Partei reicht. Die UCD hat in besonderem Maß unter den Abnützungerscheinungen des Übergangs gelitten. Sie äußerten sich prompt in zentrifugalen Tendenzen, die ab und zu auch von Personalismus gefärbt waren.

Dieser strukturellen Schwäche der Regierungspartei bewußt, berief sich die oppositionelle PSOE auf die aus einer allgemeinen Krise resultierenden Fehler und erwirkte 1980 im Parlament einen Mißtrauensantrag. Er wurde vom Fernsehen direkt übertragen und schadete sowohl dem Bild der Partei der UCD als auch ihrem Präsidenten, obwohl sie in der Abstimmung knapp einer Niederlage entgingen. Spätere innere Divergenzen, ein wachsendes Malaise und offene Kritik an der Parteiführung veranlaßten dann anfangs 1981 A. Suárez, als Präsident zurückzutreten. Diese Regierungskrise wurde durch den versuchten Militärputsch beinahe zu einer wirklichen Staatskrise.

Die Unrast bei der Armee

Ein erster Hinweis auf «Putschtendenzen» innerhalb des Heeres manifestierte sich 1980, als die Polizei Zusammenkünfte von einigen Offizieren mittlerer Grade mit unzweideutigen Verschwörerabsichten aufdeckte. Obwohl diese «Putschbewegung» scheinbar neutralisiert wurde, soll sie nicht in entsprechender Weise bestraft worden sein, weil das Militärgericht nur sehr schwach reagierte.

Es muß daran erinnert werden, daß die Armee innerhalb kurzer Zeit von ihrer privilegierten Stellung unter Franco – drei Ministerposten in der Exekutive und ein Vizepräsident der Regierung aus ihren Reihen – zu der in jeder Demokratie höchst normalen Position, nämlich mit einem einzigen Ministerium, demjenigen der Verteidigung, gelangt war. Zudem wurde die Legalisierung der kommunistischen Partei, die 1977 aufgrund einer persönlichen Entscheidung des Präsidenten A. Suárez erfolgte, und obwohl sie sich in der Folge als klug erwies, von den hohen Offizieren als Herausforderung empfunden, sahen sie doch in dieser Partei eine Bedrohung ihres engen Demokratieverständnisses. Andererseits war 1980 ein neues Gesetz, das die Verjüngung der Streitkräfte anstrebte, von einigen angesehenen Generälen als ein absolut unannehmbares revanchistisches «An-den-Rand-Stellen» aufgefaßt worden. Alle diese Faktoren, zusammen mit der Unzufriedenheit, der Enttäuschung im Volk, der Krise der Parteien, dem Terrorismus im Baskenland und der schwierigen Wirtschaftslage, gaben den Nährboden ab, in dem der «Staatsstreich» vom 23. Februar 1981 keimte; es war der Bruch mit der gemäßigten Linie, die die Mehrzahl der Streitkräfte während der ganzen Zeit des Übergangs zur Demokratie in vorbildlicher Weise eingehalten hatte.

Der Anschlag fand ausgerechnet während der Sitzung des Parlaments statt, auf der über die Amtseinsetzung des neuen Ministerpräsidenten, *Leopoldo Calvo Sotelo*, diskutiert wurde. Der Gewaltakt, durch das Fernsehen jedem ins Haus übermittelt, zerstörte nicht nur innerhalb weniger Stunden die während mehrerer schwieriger Jahre gesammelten Hoffnungen: in der Folge stürzte das ganze Land in einen Abgrund der Verwirrung. Denn was zunächst das fehlgeschlagene Unternehmen einer winzigen Gruppe militärischer «Ultras» zu sein schien, enthüllte sich allmählich als eine Verschwörung mit weitverästeltem Netz, das bis zu nahen Mitarbeitern des Königshauses reichte. Hätte sie auch unter andern hohen Offizieren Erfolg gehabt, wie es beispielsweise in Valencia der Fall war, so wäre es zur Katastrophe gekommen.

Das persönliche Auftreten von König *Juan Carlos*, der in seiner Eigenschaft als Befehlshaber der Armee der demokratischen

Ladislav Boros †

In Cham bei Zug ist nach langer, schwerer Krankheit am 8. Dezember *Ladislav Boros* gestorben. Unserer Zeitschrift hat er als Autor und Mitredaktor ab 1958 wesentliche Impulse gegeben und ihr in den sechziger Jahren zumal in Deutschland und Österreich viele neue Leser gewonnen. Zwischen seiner ersten Artikelserie «Wege zu Christus (Gedanken zu einer philosophischen Christusbegegnung)» und seinem letzten Beitrag «Menschliches Scheitern als christliches Gebet» (1972) sprach Boros auch durch Vorträge wie erst recht durch seine Bücher zahlreiche Menschen an. Von diesem Wirken, das er der Krankheit (die ihn der Stimme beraubte) zum Trotz weiterführte, soll in einem kommenden Nachruf eingehender die Rede sein. Hier sei lediglich der Dank vorweggenommen, den wir von der «Orientierung» Ladislav Boros schulden. Wir bitten unsere Freunde, seiner im Gebet zu gedenken.

Die Redaktion

Verfassung Spaniens gewissenhaft treu ist, bannte knapp die Gefahr. Dem jungen Monarchen hatten schon seine Mäßigung, Korrektheit und Klugheit die Achtung und Sympathie des Volkes eingetragen: jetzt, in diesem entscheidenden Augenblick, erwies er sich als Persönlichkeit ersten Ranges. Seine moralische Autorität, die einzige, die er aufgrund der Verfassung ausüben kann, ist durch diese Prüfung gestärkt worden.

Dennoch waren die Folgen des Putschversuchs während des ganzen unruhigen Jahres 1981 spürbar. Die öffentliche Meinung im Land wurde infolge der Intervention durch die Krone, die die konkrete Situation einer «bevormundeten Demokratie» darstellte, traumatisiert. Die politischen Parteien wurden von Grund auf erschüttert. Wegen ihrer Unerfahrenheit und ihres fehlenden Wirklichkeitssinns glückte es ihnen nicht, ihre inneren Krisen in gewünschtem Umfang und einer Situation gemäß, die Staatspolitik und gegenseitige Zusammenarbeit erheischt; zu überwinden. Obwohl der neue Ministerpräsident, *Calvo Sotelo*, bei seiner Amtsausübung auf weniger Schwierigkeiten stieß und zwischen der Regierung, den Privatunternehmen und den Gewerkschaften einen «sozialen Pakt» zustandebrachte, scheinen die Gefahren einer Instabilität immer noch nicht gänzlich gebannt. Eine Anzahl ernster Probleme ist eher zufällig aufgetreten. Die Dürre, die Spanien erlebt, kann es mit sich bringen, daß das Anwachsen des Bruttosozialproduktes von 1981–1982 auf Null reduziert wird. Die Wirtschaft ist noch nicht wieder in Schwung gekommen, und die Arbeitslosigkeit hat durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht aufgefangen werden können. Zu diesen Schwierigkeiten haben sich andere, konjunkturbedingte gesellt wie die Konflikte der Fischereiflotte mit Marokko, Portugal und der EG.

Es fehlt immerhin nicht an einigen verheißungsvollen Fortschritten. So kann offenbar neuerdings der Terrorismus im Baskenland besser kontrolliert werden, u. a. weil die Zivilbevölkerung von offener Sympathie oder indirekter Unterstützung zu Distanz, wenn nicht zu offener Ablehnung der ETA gelangt zu sein scheint. Nach einer kürzlichen polemischen Debatte im Parlament hat Spanien sich entschlossen, um den Eintritt in die NATO nachzusuchen, und das Europäische Parlament in Straßburg scheint die Zulassung zur EG, um die sich Spanien schon früher beworben hat, auf Beginn des Jahres 1984 zu unterstützen. Sollten jedoch die Sozialisten der PSOE die allgemeinen Wahlen von 1983 gewinnen, wäre, weil sich Sozialisten und Kommunisten dem Beitritt zur NATO widersetzt haben, auch der Anschluß an die EG gefährdet: Die beiden Zusammenschlüsse, an sich voneinander unabhängig, sind eben in

der Sache doch miteinander verquickt. Die Krise innerhalb der Regierungspartei UCD, die immer noch groß ist, könnte unvorhergesehene Folgen zeitigen, falls es ihrem neuen Präsidenten, Leopoldo Calvo Sotelo, nicht gelingt, die verschiedenen Tendenzen innerhalb der Partei zusammenzuleimen. Einige politische Beobachter prognostizieren der UCD für 1983 einen schwierigen Sieg, es sei denn, es komme eine breite konservative Koalition gemeinsam mit der AP zustande, die aber von zahlreichen zentristischen Parteigruppen zurückgewiesen wird. Die politische Zukunft erscheint somit schwierig und verworren. Allein ein wirklicher Aufschwung der Wirtschaft vermöchte die Grundlage für eine sozialpolitische Stabilität zu schaffen. Spanien muß viel mehr produzieren, viel weniger verbrauchen, das Nationalvermögen besser verwalten und die Steuerlasten gerechter verteilen. Das sind große Aufgaben zu einem Zeitpunkt, da sich Müdigkeit und kollektive Enttäuschung breitmachen, und für ein Land, das weiterhin ungemein individualistisch ist.

Die Haltung der Kirche

Von alters her hat die katholische Kirche in Spanien eine wichtige Rolle gespielt; dank Distanzierung vom politischen Regime in der letzten Zeit der Diktatur und zumal dank kritischer Einstellung zum damals ungenügenden Respekt vor den Menschenrechten wurde diese Rolle noch bedeutender.

Nachdem sodann die katholische Kirche Spaniens während der ganzen Zeit des politischen Übergangs zur Demokratie und ganz besonders während der Ausarbeitung der Verfassung von 1978 eine maßvolle Haltung eingenommen hatte – übrigens unterhält sie zu allen übrigen minoritären Religionsgruppen, christlichen wie anderen, gute Beziehungen –, sah sie sich zu Beginn der 80er Jahre einer Reihe von wichtigen Problemen gegenüber, die es zu lösen galt. In chronologischer Reihenfolge ging es zunächst um die Wahl eines neuen Präsidenten der Bischofskonferenz. Nachdem der Kardinal-Erzbischof von Madrid, *Vicente Enrique Tarancón*, neun Jahre der Bischofskonferenz vorgestanden hatte und nach dem normalen Gang der Dinge der baldigen Demission aus seiner Diözese im Mai 1982 entgegensah, mußte an seiner Stelle jemand anders gewählt werden. Die Amtsführung von Tarancón, obwohl von konservativen Mitgliedern der Bischofskonferenz oft in Frage gestellt, kann im großen und ganzen als gut bezeichnet werden. In einer schwierigen Phase, in der ein tiefgreifender sozialpolitischer und religiöser Umschwung stattfand, gelang es dem Kardinal von Madrid, die innere Einheit des Episkopats zu bewahren, indem er ihn von früheren politischen Einflüssen befreite. Er hat den nachkonziliaren Geist der Verteidigung der Menschenrechte, der Gerechtigkeit und nationalen Versöhnung belebt und die fundamentalen Werte des Christentums in einem Land zu bewahren versucht, das starken und schnell wirkenden säkularisierenden Tendenzen unterworfen ist. Bei dieser in Treue zum Apostolischen Stuhl wahrgenommenen Aufgabe fand er beim apostolischen Nuntius in Madrid, *L. Dadaglio* (1967–1980, anfangs 1981 durch A. Innocenti ersetzt), rückhaltlose Unterstützung.

Trotzdem steht in der spanischen katholischen Kirche nicht alles zum besten. Lassen sich unter den positiven Aspekten die ökumenische Brüderlichkeit, das Verständnis für die Schwachen und die Förderung der sozialen Gerechtigkeit hervorheben, so muß unter den dunklen Punkten eine unartikulierte Krise christlicher Identität unter Priestern wie unter Laien genannt werden: es fehlt an Berufungen zum Ordensleben, zum Priestertum und zu verantwortlichen Laienämtern; kirchliche Vereinigungen wurden in nachkonziliarer Zeit vernachlässigt und befinden sich gegenwärtig in einer schwierigen Phase der Neustrukturierung. Der neue Präsident der Bischofskonferenz, der im vergangenen Februar gewählt wurde, *Gabino Díaz Merchán*, Erzbischof von Oviedo und enger Mitarbeiter von Tarancón, hat in der letzten Plenarsitzung des Episkopats ein

paar Richtlinien entworfen und Prioritäten für das Vorgehen gesetzt. Unter diesen Prioritäten sind die Vertiefung des Glaubens und das christliche Zeugnis in einer säkularisierten Umwelt, die Solidarität in einer Zeit der Krise, die vor allem durch die Arbeitslosigkeit entstanden ist, sowie das Zurückgreifen auf die traditionellen Werte zum Aufbau einer neuen Gesellschaft besonders hervorzuheben.

Ein heikler Punkt könnten während der neuen Amtsführung die *Beziehungen zu Rom* werden. Es scheint, daß Johannes Paul II. gegenüber der nachkonziliaren Entwicklung der spanischen Kirche einige Vorbehalte hat. Nach einigen Beobachtern könnte dies dazu beigetragen haben, daß der Papst eine Reise nach Spanien im Unterschied zu den andern mehrheitlich katholischen Ländern, denen sein Besuch galt, länger hinausgeschoben hat. Nachdem schließlich ein Besuch Spaniens für Oktober 1981 geplant war, wurde dieser infolge des Attentats vom 13. Mai nochmals vertagt. Wahrscheinlich wird der Papst Spanien im Oktober 1982 besuchen. Dieser Aufschub wird es den Bischöfen erlauben, inzwischen ihre Besuche «ad limina» abzustatten; so wird der Papst direkte, persönliche und nicht manipulierte Auskünfte über die tatsächliche Situation der Kirche in Spanien erhalten, die in einigen Punkten der polnischen Kirche ähnlich, aufs ganze gesehen von ihr jedoch recht verschieden ist.

In den *Beziehungen Kirche–Staat* hat es nicht an einigen Spannungen gefehlt. Zum Beispiel hat die Regierung, von der Opposition unter Druck gesetzt, Vereinbarungen von 1979, die das Konkordat von 1953 ersetzen, nicht erfüllt. In diesen Vereinbarungen war die Schaffung einer gemischten Kommission zur Prüfung umstrittener Probleme vorgesehen, worunter das neue Gesetz über die zivile Ehescheidung fiel. Da diese Kommission nicht gebildet und das Gesetz im Sommer 1981 gutgeheißen wurde, legte die Nuntiatur mündlich Protest ein; dies hatte die Bildung der genannten gemischten Kommission im nachhinein zur Folge, allerdings ohne jegliche Möglichkeit, eine Änderung am Gesetzeswerk zu bewirken. Weiteren Konfliktstoff bietet der Schulunterricht der Privatschulen, der zu 37% (für 2,5 Millionen Primar- und Mittelschüler) von Ordensgemeinschaften erteilt wird. Obwohl dieser Unterricht, der in der Qualität dem staatlichen überlegen ist, in der Verfassung anerkannt wird, ist er mangels finanzieller Mittel bedroht, wenn er sich nicht auf die wirtschaftlich privilegierten Klassen konzentrieren will. Eine solche Lösung ist nach dem Konzil von der Kirche selber ausgeschlossen worden. Daher ist dieser Unterricht ohne staatliche Hilfe über kurz oder lang zum Verschwinden verurteilt. Die beiden linken Parteien PSOE und PCE widersetzen sich mit aller Kraft der Finanzierung (zu gleichen Teilen) von Privatinstitutionen und haben bis jetzt eine Gesetzgebung in diesem Sinne verhindert.

Abgesehen von diesen Konfliktgründen gestalten sich die Beziehungen Kirche–Staat normal, d. h. in einer Atmosphäre der gegenseitigen Unabhängigkeit und Zusammenarbeit. Andererseits zählen die Linksparteien trotz eines mehr oder minder verhüllten Antiklerikalismus unter ihren Aktivisten zahlreiche Christen und respektieren theoretisch die religiösen Überzeugungen, die sie allerdings in die Privatsphäre verweisen.

Aus den wirtschaftlichen, sozialpolitischen und religiösen Zügen, die das heutige Spanien kennzeichnen, erstet für die unmittelbare Zukunft ein helldunkles Bild. Die Anhäufung verschiedener Krisen, von denen einige bereits in der langen Zeit der Diktatur versteckt vorhanden waren, haben eine Lage geschaffen, die schwer zu meistern ist und sowohl die menschliche Reife des Volkes als die Tüchtigkeit seiner Regierungsverantwortlichen auf die Probe stellt. Es bleibt zu hoffen, daß dieses Land mit seinen geistigen und materiellen Reserven doch noch zu großzügiger Solidarität gelangt: dann könnte es einer gefestigteren Zukunft entgegenblicken, als dies jetzt der Fall ist.

Manuel Alcalá, Madrid

Aus dem Spanischen übersetzt von Dr. Rosmarie Tscheer.

Lust an Gott – Lust an der Kirche?

In einer deutschen Wochenzeitung fand ich gleich zwei Buchbesprechungen auf einer Seite, die mich interessieren mußten. In der einen ging es um P. L. Bergers «Zwang der Häresie».¹ In einer Zeit des religiösen Pluralismus, so Bergers These, können religiöse Traditionen nur überleben, wenn und sofern ihr Erfahrungsgehalt wieder deutlich wird. Denn von den Erfahrungswerten her werden wir in Zukunft zwischen den vielfältigen Angeboten auswählen und schließlich im Wettstreit der «Weltreligionen zwischen Jerusalem und Benares» die Wahrheit finden, die uns weiter bringt und unsere Menschheit überzeugt. Was aber wird uns diese neu zu erfahrende Wahrheit dann bringen, und wer wird diesen globalen Erfahrungsaustausch in Gang setzen, was werden die christlichen Kirchen dazu beitragen können?

Signale einer Fragestellung

In der anderen Besprechung geht es um die Frage von Religionssoziologen, ob das Ende des Katholizismus gekommen sei.² Gemeint ist nicht das Ende der katholischen Kirche, wohl aber das Ende einer Kirchengestalt, die sich Mitte des 19. Jahrhunderts ausgebildet und heute offensichtlich überholt hat. Der Rezensent aber fragt weiter: Was für eine Kirche kommt danach? Wer entspricht heute der neuen Suche nach Sinnerhellung und Wertvermittlung, nach Zukunftsperspektiven und geistiger Geborgenheit? Wer hilft da überhaupt noch, die «prekären Sinnprobleme» der modernen Gesellschaft zu lösen? Welche «Sinngelalte und Wertfiguren» sind es, die das Individuum seine personale Würde erfahren lassen?

Die Signale einer solchen Fragestellung werden immer deutlicher. Und sie führen gerade nicht weg von den Kirchen, gerade nicht hinein in die allgemeine Religiosität von anonymen Subjekten. Sie münden immer wieder in die Frage, was da die Kirche als konkrete Gemeinschaft von solchen, die Gottes Nähe vielleicht erfahren, leisten kann.

«Die Lust an Gott und seiner Sache» ist deshalb ein Buchtitel, der im vergangenen Jahr neugierig machen mußte. Der Autor, *Ludwig Weimer*, ist Mitglied der Integrierten Gemeinde in München, in ihr offensichtlich ein theologisch führender Kopf. Wer weiß, wie sehr sich diese Gruppierung um die Erfahrbarkeit des Christlichen müht, mag aufmerken: Was weiß er zu sagen? Kann er vielleicht einen brauchbaren Weg weisen, auf dem die Sache Gottes – und das besagt doch immer: Wahrheit, Leben, Zukunft – neu erwartet, entdeckt, vielleicht gar genossen werden kann? Und die Neugier verstärkt sich noch durch den Untertitel, der die Lösung des neuzeitlichen Gottesproblems mit einem Schlage verspricht: «Lassen sich Gnade und Freiheit, Glaube und Vernunft, Erlösung und Befreiung vereinbaren?»³

Wenn sich nämlich Gnade und Freiheit (also göttliches und menschliches Handeln) ohne Konkurrenz vereinbaren lassen, dann ist uns ja auch die Angst vor einem Gott genommen, der uns im Grunde entmündigt. Wenn darüber hinaus Glaube und Vernunft einander bestätigen, dann ist ja der Glaube wieder als vernünftige Sache plausibel zu machen. Und wenn sich schließlich der Streit um das Wortpaar «Erlösung und Befreiung» schlichten ließe, dann wäre auch der inneren Einheit der Weltkirche gedient. Den einen würde man dann nicht mehr vorwer-

fen, sie reduzierten Erlösung auf innerweltliche Emanzipation oder machten sie zum Vorwand für Revolution. Die anderen aber könnte man dann auch nicht mehr beargwöhnen, als ob sie reine Jenseitsvorsorge betrieben und die Unrechtsverhältnisse der Welt stabilisierten. Kurz, der Weg zu einer neuen, durch Angst nicht mehr vergifteten, von der Vernunft nicht mehr beargwöhnten, unter den Glaubenden nicht mehr zerstrittenen Gotteserfahrung wäre da eröffnet.

Gnade muß erfahren werden

Genau besehen handelt der Autor aber dann doch nur über den ersten Problemkreis von Gnade und Freiheit. Und genau besehen nimmt er nur indirekt die neuzeitliche Fragestellung auf, die sich gegen einen übermächtigen und moralisierenden Sklavengott wehrt. Er greift auf die theologiegeschichtlich klassischen Fragestellungen zurück, die mit Augustinus (und Pelagius) gegeben sind, und verbleibt ausführlich in ihnen.⁴

Die Brisanz der Fragen bleibt aber bestehen: Soll Gott etwa nach eigenem, absolutem Ratschluß erwählen oder verdammen können, über uns also verfügen, wie er will? Wie kann er den Gang der Geschichte vorhersehen, lenken oder gar vorherbestimmen, und uns dennoch in eigener Verantwortung handeln lassen? Ist der Mensch – gut augustinish von Geburt an Sünder – frei oder nicht doch der Sklave Gottes oder anderer Mächte?

Wie virulent diese Frage nach einem letzten Sinn von Menschen und Geschichte auch heute noch sind, muß nicht eigens betont werden. In säkularem oder religiösem Gewand tauchen sie allenthalben auf. Auch müssen wir heute nicht mehr eigens für die christliche Grundoption werben, von der aus das Problem angegangen wird. Wir erhoffen ja von Gott immer schon zwei Dinge zugleich, und von daher ist unsere Frage bestimmt: Zum einen soll Gott alles in seinen Händen halten, ihm gehöre das erste und letzte Wort. Zum andern soll gerade er unsere (wie auch immer gefährdete) Freiheit garantieren. Gerade ihn möchten wir erfahren als die Kraft, trotz allem das Leben und nur das Leben zu wählen.

Allenthalben aber erfahren wir nur Unfreiheit, Beschränkung von außen, den andern als Bedrohung unserer eigenen Identität, so daß sich auch Weimers sperrige Fragestellung verstehen läßt: «Wie kann Gott den Menschen unfehlbar bewegen, ohne seine Freiheit aufzuheben?» (381).

Weimer greift so auf eine Fragestellung zurück, die andere als überholt, als falsches Spurenlegen betrachten. Denn was soll da anderes herauskommen als eine nur notdürftig verhüllte, in Unfreiheit, Unvernunft und Vertröstung endende Paradoxie? Nützt da die These, Gott und Mensch wirkten im «Je-ganz» und «ungeteilten Zugleich» (81) eben zusammen? Und liegt es nicht an dieser kausal formulierenden Fragestellung, daß wir bis heute nicht über die Beschwörung einer alle Vernunft übersteigenden Wirklichkeit hinausgekommen sind?

Genau dieses Problem sieht auch Weimer, weshalb auch er nach keiner theoretisch konstruierenden Lösung mehr sucht. Gnade wie menschliche Freiheit, so Weimer zu Recht, begegnen uns nicht als abstrakte Fähigkeiten. Wir erfahren sie in konkreten Zusammenhängen. Sie haben also immer einen bestimmten Inhalt; und alle Theologie tut gut daran, bei diesen

¹ E. Stammer, zu: P. L. Berger, Der Zwang zur Häresie. Religion in der pluralistischen Gesellschaft (Frankfurt: S. Fischer 1980), in: Die Zeit vom 20. 11. 1981, S. 37.

² J. Neumann, zu: K. Gabriel – F. X. Kaufmann (Hgg.), Zur Soziologie des Katholizismus (Mainz: Grünewald 1980), ebd.

³ L. Weimer, Die Lust an Gott und seiner Sache. Oder: Lassen sich Gnade und Freiheit, Glaube und Vernunft, Erlösung und Befreiung vereinbaren? (Freiburg: Herder 1981, 560 Seiten, DM 68,-). Zahlen in Klammern verweisen auf die Seiten dieses Buches.

⁴ Das Buch wird deshalb zu einer Lektüre für Spezialisten. Schon das ausführliche Inhaltsverzeichnis enthält eine ganze Reihe lateinischer Fachausdrücke. Nach Auskunft des Vorwortes lautete der ursprüngliche Titel der Arbeit (Habilitationsschrift): «Gnade und Freiheit. Versuch einer systematischen Sichtung der Hauptaspekte des Problems». Der «jetzige Doppeltitel», so heißt es weiter, schließt die Fragen «für einen breiteren Leserkreis» auf. Daß ein solch verbreiteter Kreis aber durch das Buch und seine Sprache weit überfordert wird, kümmert solche Titelpolitik (des Verlags?) offenbar nicht.

erfahrbaren Inhalten – letztlich also bei Gott und beim Menschen, wie wir sie tatsächlich entdecken – zu bleiben. Gnade also wird im Rahmen der befreienden Botschaft als die beglückende Erfahrung Gottes umschrieben, eben als «Lust an Gott und seiner Sache».

Damit wird auch der Titel des Buches klarer. Es will ein Buch über jene Erfahrungen sein, die den Menschen befreien und in denen Gott sich auf seine Weise als mächtig erweist. Solche Lust ist aber nicht abstrakt, sondern sachbezogen. Sie macht den Menschen höchst passiv und aktiv, also gehorsam und frei zugleich. Denn die Erfahrung, daß mich da einer zur Freude befreit, wird mir nur in und durch eigenes Handeln geschenkt. Und Gott zieht gerade dadurch unwiderstehlich (also «unfehlbar») an, daß er Freiheit anbietet. Gott gibt aber – indem er frei macht – im Überfluß. Gerade das ist das Geheimnis seiner Macht.

Weimer scheint also auf der richtigen Spur zu sein. Er kann sich dabei auf eine Wolke von Zeugen berufen. Nicht nur *H. U. v. Balthasar* (mitsamt «seinen» Kirchenvätern) und die Tübinger des 19. Jahrhunderts kommen ins Gespräch. Als Hauptzeuge taucht wiederholt *K. Barth* auf, der ein entscheidendes Element für den Fortgang der Diskussion beiträgt. Denn nicht der einzelne und nicht die Weltgeschichte, so *K. Barth*, sind von Gott zum Heil erwählt. Erwählt und deshalb Ort dieser erfahrbaren Gnade ist die Kirche, nichts und niemand sonst.

Kirche – messianisches Wunder

Damit ist Weimer bei seinem eigentlichen Thema angelangt. Denn faktisch hat ja die Gnade als Geschichte Gottes mit seinem Volk begonnen. Der Glaubende ist in die «Gemeinde» hinein befreit. Gott ist es ja gelungen, die Gemeinde als das «messianische Wunder» «vollendet entstehen zu lassen». Gott handelt ja «durch Jesus und (!) die Kirche»; sein Wille wird «durch die Leiden Jesu und (!) der Kirche geschichtsmächtig». Diese Gemeinde ist es, worauf alles ankommt; sie ist «konkrete Realisierungsmacht» der Lust an Gott. In ihr hat deshalb jeder Augenblick die «Möglichkeit, ein eschatologischer zu werden». Und mag am grünen Tisch das Verhältnis von Gnade und Freiheit auch noch so unlösbar sein, so stellt doch das Leben der Gemeinde den entscheidenden Erfahrungsraum zur Verfügung, in dem sich beide, aller Reflexion voraus, versöhnen:

- Gnade und Freiheit, weil Gott es ja ist, der mich in der Gemeinde befreit;
- «die Freiheit des Individuums und die Notwendigkeit des Kollektivs», weil diese Gemeinschaft der Ort ist, an dem ich frei sein kann;
- Glaube und Vernunft, weil sich die gehorsame Praxis der Gemeinde durch ihre befreiende Wirkung als durch und durch vernünftig erweist;
- Erlösung und Befreiung, weil hier die Versöhnung mit Gott als durch und durch gegenwärtige Befreiung zu umfassender Menschlichkeit und Gemeinschaft geschieht. Wir müssen Gott nicht mehr mit Furcht und Zittern nahen. Wir müssen uns ja nur noch zu unserer Freude die Freiheit nehmen: «Ich bin so frei» (473).

Man kann diesen Gedanken mit einer Mischung von Zustimmung und Verwirrung folgen. Denn da wird über eine wichtige Entdeckung nachgedacht, von der ein Stück Zukunft christlicher Lebenspraxis abhängt: Glaube muß erfahrbar und befreiend sein, sonst taugt er nichts. Der Glaube ist deshalb auf eine Gemeinschaft von solchen angewiesen, die Jesus nachzuffolgen bereit sind. Mehr noch, Christen dürfen darauf vertrauen, daß Gottes Sache in dieser Gemeinschaft sichtbar wird.

Aber zwei wichtige Gegenfragen setzen sich auch nicht im Ansatz durch, obwohl auch sie von der Erfahrung gestellt sind: Soll da wirklich alles, was in der Gemeinde erfahren wird, die Verwirklichung von Gottes Gnade sein? Und: Wird wirklich alle Gnade Gottes in der Gemeinde erfahrbar? Es geht um die

Erfahrung von Unheil in der Kirche, von Heil außerhalb ihrer. Wo ist denn die glückselige, von uns allen heiß erwartete Gemeinde, in der Gnade und Freiheit so unmißverständlich verwirklicht sind? Da droht doch – ausgerechnet unter Zuhilfenahme von *K. Barth* – jeder qualitative Vorbehalt gegenüber der Kirche im Namen Gottes zu verschwinden. Von «Jesus und der Kirche» ist verräterisch oft die Rede. Und Gottes Sache wird dann identisch mit der Gemeinde, in der sich seine Befreiung fraglos verwirklicht. Der Buchtitel wird so vollends deutlich. Denn Gnade ist es, Lust an der Gemeinde zu haben. Glaube heißt vorbehaltloses Vertrauen in ihr, auf sie.

Machen wir uns das Gesagte noch einmal deutlich: Gottes Güte muß erfahrbar werden, sonst denken wir vergeblich über sie nach. Und Freiheit muß sich verwirklichen, sonst wird die Vernunft des Glaubens niemals deutlich. Daraus müßte doch folgen, daß wir uns nicht mehr theoretisch über die Erwartungen der Menschen hinwegmogeln, sondern uns zur Praxis des Glaubens entschließen. Daraus müßte also auch folgen, daß wir die eingangs gestellten Fragen an uns als Kirchen und Gemeinden selber stellen: Warum um alles in der Welt vermögen wir diese Erfahrungen der Freiheit und eines im Dienst am andern sinnvollen Lebens nur so mühsam zu vermitteln? Wer von uns antwortet denn heute überzeugend auf die Fragen der Welt? Wer gibt denn seinen Traditionen eine erfahrungswirksame Interpretation; wer läßt denn da einen rundum befreienden, erweckenden, in die Zukunft weisenden Gott erfahren? Wenn wir Ehrlichkeitshalber und angesichts unseres eigenen Versagens heute eines vermeiden müßten, dann doch den selbst so erfahrungsfernen Eindruck, unsere Gemeinden seien mit der Erfahrbarkeit Gottes identisch. Gefährlich ist es, wo die Erfahrung zum Kriterium des Glaubens, dann aber die Gemeinde zum Kriterium der befreienden Erfahrung wird. Erfahrung hat kein anderes Kriterium mehr als das ihrer eigenen Befreiung. Und noch gefährlicher ist es deshalb, wenn Sünde dann auf die «Verweigerung» verengt wird, «der Sache Jesu in der *communio* der Kirche (!) zu trauen, zu gehorchen, zu dienen» (479). Sollte denn jeder Sünder sein, der nicht zur Gemeinde gehören will?

Freiheit zum Glauben

So sind eben auch hier die Grundfragen neuzeitlicher Religionskritik nicht beantwortet, sondern überspielt durch die Idee der *vollkommenen Kirche*, vielleicht durch die Selbsteinschätzung der Integrierten Gemeinde, durch ihre begrenzten Erfahrungen, im Lichte des lukanischen Urkirchenideals interpretiert. Verräterisch genug bleibt da am Schluß des Buches die eine Frage, obwohl sie längst überholt scheint, dann doch übrig: Wie wird uns trotz Gottes unfehlbarer Macht die Freiheit gewährt, zu glauben oder nicht zu glauben (527)? Welche Frage nach dieser erfahrungsbezogenen Theorie!

Denn nehmen wir an, der Mensch bleibe frei zu absoluter Bosheit. Er verweigere sich also Gott, weil er sich ihm verweigern will. Dann ist die Frage nach Gnade und Freiheit so ungelöst wie je. Unwiderstehlich und unfehlbar ist dann Gottes gütiges Handeln nicht, denn Gottes Wollen kann dann ja zur Konkurrenz unserer Entscheidung werden. Und nehmen wir an, der Mensch findet trotz guten Willens nicht zum Glauben, dann muß doch wohl das Versagen der Gemeinde im Spiele sein. Dann sind aber der Verdacht der Unvernunft, der Unfreiheit und der Vertröstung durch Erfahrung nicht entkräftet. Da es mir nicht zusteht, irgend einen Menschen absoluter Bosheit zu verdächtigen, ist jeder, der willentlich nicht glaubt, deshalb auch ein Zeuge gegen die Idee der vollkommenen Kirche. Weimer, der konkret über die Gnade sprechen will, hat da ausgerechnet über die Kirche nicht konkret genug nachgedacht. Vieles wäre ja leichter, hätte die Kirche sich nicht so unheilvoll präsentiert, Gottes Sache so wenig lustvoll werden lassen. Und die Religionskritik wäre längst überwunden (vielleicht gar nicht erst zur weltgeschichtlichen Geltung gekommen), würde sie nicht bis heute aus der Erfahrung eines menschenunfreundli-

chen, Unrecht stabilisierenden, ideologisch anfechtbaren Gottes leben.

Der Traum von der vollkommenen Gemeinde war schon immer faszinierend, heilsam als Katalysator für eine satt gewordene Theologie. Aber auch Intoleranz, die Schwierigkeit mit dem Dialog und ein irrationales Sündenbockdenken gehören zu den Folgen. Erschreckend für die Idee (und eigentlich deren deutlichste Widerlegung) finde ich den Abbruch des Gesprächs nach nahezu allen Seiten gegenwärtiger Theologie. Ob *K. Rahner* oder *E. Schillebeeckx*, *J. B. Metz* oder *L. Boff*, sie alle werden mit eindeutigem und letztlich disqualifizierendem Urteil belegt. Vielsagend geht es nicht nur um vermeintlich unkirchliche Positionen, sondern um «Glaubensnöte der Theologen», die sich hinter skeptischen Erkenntnistheorien verbergen. Gleich eingangs wird gefordert, daß sich die Theologie «wie durch eine Läuterung aus dem Fieber ihrer Säkularisierung erhebt». Schlagwort reiht sich an Schlagwort. Mit *Bultmann* und Gott-ist-tot-Theologie (welch unsinnige Genealogie!) läßt man da enden, was mit der Aufklärung (auch dies ein stets wirksames Reizwort) begonnen habe. Umfassender noch: ein eindeutiger Weg führt – für Weimer auf 7 Seiten, in einem Höchstmaß an Simplifizierung beschreibbar und deshalb falsch –

«vom Ockhamismus zur modernen Scheinsynthese plausiblen modernen Christentums» (58–64). *H. Küng* wird (zuviel der Ehre) zum Repräsentanten dieser Entwicklung und hat offensichtlich das Recht auf eine faire Darstellung verspielt.

Wer ist kirchlich?

L. Weimer übersieht geflissentlich, daß sich all diese Theologen um die Versöhnung von Glaube und Vernunft, um eine menschenfreundliche Kirche, um die Freude an Gottes Sache in einer orientierungsarmen Epoche längst vor ihm bemüht haben. Mancher Kollege hätte sich die Finger weniger verbrannt, hätte er sich mit der Kirche in ihrer erfahrbaren Gestalt weniger intensiv und offen beschäftigt.

Aber darüber sei hier nicht gestritten. Gelingen muß es uns aber schon, uns gegenseitig ernstzunehmen, Erfahrungen durch Gegenerfahrungen zu ergänzen. Denn wenn es stimmt, daß die Kirche auf dem Weg ist zu einer neuen Gestalt, dann ist auch noch nicht heraus, wo die zukunftstragenden neuen Erfahrungen angesiedelt sind. Wer weiß, vermutlich wird Europa dabei nur noch eine Rolle neben anderen Rollen spielen.

Hermann Häring, Nijmegen

Expertendebatte um Atomwaffen und Abrüstung

Auf Anregung des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates fand in der Zeit vom 23. bis 27. November 1981 ein internationales, öffentliches Hearing zum Themenkomplex «Atomare Waffen und Abrüstung» in der Freien Universität von Amsterdam statt. Organisiert wurde es von der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten (CCIA) und der Untereinheit «Kirche und Gesellschaft». In Form einer mehrtägigen Befragung von über dreißig internationalen «Zeugen» zu den verschiedenen Einzelthemen versuchte eine Gruppe von achtzehn Wissenschaftlern, Politikern und führenden kirchlichen Persönlichkeiten unter Vorsitz des anglikanischen Bischofs *J. S. Habgood* (Durham), folgende Ziele zu erreichen:

- ▷ «Evaluierung der Eskalation des atomaren Wettrüstens, der Abschreckung und des begrenzten Atomkrieges;
- ▷ Förderung christlicher Reflexion über die Problematik des atomaren Rüstens;
- ▷ Erforschung von Möglichkeiten zur Einleitung und Fortführung der atomaren Abrüstung».

Nach einführenden Worten u. a. von seiten des niederländischen Außenministers, *M. van der Stoep*, des Generalsekretärs des Weltkirchenrates, *Ph. Potter*, und des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten und derzeitigen Vorsitzenden einer unabhängigen Kommission für Fragen von Abrüstung und Sicherheit, *O. Palme*, begannen die insgesamt acht Sitzungen, die jeweils einer speziellen Thematik gewidmet waren.

Anfragen aus Theologie und Ethik

Gegenstand der ersten Sitzung waren aktuelle theologische und ethische Überlegungen in bezug auf die Verwendung atomarer Waffen. Der New Yorker Sozialethiker *R. Shinn* betonte den Zusammenhang zwischen einer gerechten weltpolitischen Ordnung und dauerhaftem Frieden; er beklagte, daß es an kirchlichen Reflexionen zu dieser Frage bisher gefehlt habe. Ausdrücklich wies er darauf hin, daß aus ethischen Erwägungen nicht unmittelbar konkrete Imperative für Friedenspolitik abgeleitet werden könnten; dies sei vielmehr erst nach einer Kenntnismahme der einschlägigen Fakten hinsichtlich der gegenwärtigen Weltsituation möglich («Ethics without specific information is mere platitude»). Das System der Abschreckung aufgrund von Drohungen mit wechselseitiger Vernichtung (MAD = mutually assured destruction) hielt er aus zwei Gründen für anfechtbar: einmal im Hinblick auf das Risiko, daß

solche Abschreckung versagt; sodann, weil es ethisch verwerflich sei, zu Handlungen entschlossen zu sein, die zwar das eigene Land nicht wirklich verteidigen könnten, aber einen Massenmord an Millionen von Menschen bedeuten würden. Als Rechtfertigung eines solchen Sicherheitssystems für eine Übergangsperiode komme nur seine partielle kriegsverhindernde Wirkung in Frage; noch gefährlicher und mit noch mehr Unrecht verbunden als ein Gleichgewicht des Schreckens wäre nach seiner Auffassung ein Monopol des Schreckens. Nur ein an diesen Überlegungen orientiertes Gleichgewichtdenken, das innerhalb gewisser Grenzen einseitige Abrüstungsinitiativen durchaus einschloße, sei mit ethischen Bedenken gegenüber dem heutigen Sicherheitsdenken vereinbar. Shinn verwies auf die Abrüstungsvorschläge von V. Weißkopf und G. F. Kennan in den USA (10- bzw. 50prozentige Reduktion der strategischen Arsenale auf beiden Seiten), die angesichts der derzeitigen Overkill-Kapazitäten der Supermächte ohne Risiken und formales Abkommen von jeder Seite auch einseitig durchgeführt werden könnten.

Einig mit Shinn hinsichtlich der Ergänzungsbedürftigkeit ethischer Reflexionen durch Vertrautheit mit empirischen Daten zeigte sich *E. Schillebeeckx*, Theologieprofessor an der Universität Nijmegen. Er hob hervor, wichtig für die ethische Urteilsfindung sei der Aspekt des «auf die Dauer und im ganzen»: die Verabsolutierung eines partikularen Wertes (z. B. nationale Sicherheit) auf Kosten aller anderen sei ebenso verwerflich wie eine Vernachlässigung voraussehbarer Langzeitfolgen bei der Konzipierung gegenwärtiger Politik. Im Ergebnis führten solche Ansätze zu kontraproduktiven Konsequenzen. Den Kirchen riet er zu einer stärkeren Differenzierung in der Diskussion um die traditionelle Lehre vom «gerechten Krieg»; sie stehe im Zusammenhang der Gewaltfrage überhaupt: wer einer grundsätzlichen Ablehnung jeglicher Gewalt nicht beipflichte, sei notwendigerweise darauf verwiesen, ihren Gebrauch unter einschränkende Bedingungen zu stellen. Auf diesem Hintergrund müsse die viel kritisierte Lehre interpretiert werden. Davon sei die Frage zu unterscheiden, inwieweit sie unter den Bedingungen des atomaren Zeitalters noch angewendet werden könne. Für die künftige Politik seines Landes empfahl Schillebeeckx eine einseitige nukleare Abrüstung, da sowohl die Dynamik des Wettrüstens wie auch das wachsende Mißtrauen unter den Staaten als Folge schon des Besitzes atomarer Waffen die Wahrscheinlichkeit eines Atomkrieges ständig erhöhten.

Im internationalen Vertrauensverlust sah *Günter Krusché*, Dozent für praktische Theologie am Sprachenkonvikt in Ostberlin, die Hauptursache des Wettrüstens. Wie seine Vorredner verwies er auf den Zusammenhang zwischen intensiver Rüstung und Verschärfung der Armut in der Dritten Welt und forderte die Kirchen auf, der Friedenssicherung in der Rolle eines «Mediums der Vertrauensbildung» zu dienen; neben der Verstärkung der innerkirchlichen Friedensarbeit, für die Krusche viele praktische Vorschläge unterbreitete, solle sich die Kirche als Gesprächspartner der Regierungen anbieten, da sie aufgrund ihrer nationalen Grenzen übergreifenden Struktur Chancen für die Ausbildung von Vertrauen auch auf informeller Ebene biete.

Ursachen der Rüstungsdynamik

Im folgenden ging es darum, die treibenden Kräfte bei der Entwicklung und Einführung neuer Waffensysteme namhaft zu machen. In seinem Statement wehrte sich *J. Ruina*, Professor für Physik am Massachusetts Institute of Technology (MIT), dagegen, allein technologische Trends für die Fortsetzung des Wettrüstens verantwortlich zu machen. Sie spielten zwar eine wesentliche Rolle, schneller vollzögen sich aber häufig Änderungen der politischen Einstellungen innerhalb der am Rüstungswettrlauf beteiligten Staaten. In der Regel werde viel zu wenig bedacht, wie sich eigene Rüstungsanstrengungen auf das Verhalten der Gegenseite auswirkten. Die extensive sowjetische Geheimhaltung auf diesem Sektor wecke in den USA oft unnötige Ängste vor entscheidenden technischen Durchbrüchen, die zu verstärkten eigenen Rüstungsprogrammen und damit zu einer Ankurbelung der Dynamik des Wettrüstens führten. Als technische Fortschritte der letzten Jahre, die auf das Abschreckungssystem destabilisierende Auswirkungen haben müßten, nannte er die Einführung der MIRV-Technologie¹ und die Verbesserung der Treffgenauigkeit neuer Raketengenerationen. Gleichwohl habe es auch stabilisierende Entwicklungen gegeben; die Verbesserung der Kommunikationsstränge im Bereich der Führungs- und Kontrollsysteme für strategische Waffen, die Einrichtung von Frühwarnsystemen und die Technik der Satellitenüberwachung hätten die Gefahr eines Krieges infolge technischen Versagens vermindert und entsprechende Ängste abbauen helfen.

Skepsis bekundete Ruina gegenüber der Forderung, die militärische Forschung und Entwicklung schon im Anfangsstadium einschneidend zu beschränken; häufig seien zivile und militärische Technologie eng miteinander verbunden. Beschränkungen innerhalb der Anwendungsforschung seien generell dann – und zwar aus politischen Gründen – undurchführbar, wenn sie zu Restriktionen auch auf dem zivilen Sektor führen müßten. Eine Kontrolle und mögliche Beschränkung neuer Waffentypen biete sich jedoch in der Testphase dieser Entwicklungen an; das bereits bestehende teilweise Teststoppabkommen und der ABM-Vertrag² setzten an dieser Stelle ein. Ruina empfahl eine Fortentwicklung derartiger Übereinkünfte. Er wandte sich entschieden gegen die verbreitete Auffassung, von einer Verantwortung der Wissenschaftler für die Auswertung ihrer Arbeiten zu Rüstungszwecken könne eigentlich nicht die Rede sein, da die entsprechenden Entscheidungen politischer Natur seien: das Handeln und Forschen der Wissenschaftler habe einen unbestreitbaren Einfluß auf das Denken im Raum der Politik.

F. Calogero, Professor für Theoretische Physik in Rom, kam in seiner Analyse zu ähnlichen Ergebnissen wie Ruina. Beide Seiten strebten nach Gleichgewicht und dessen Erhaltung, was deswegen zur Triebfeder der Rüstungsdynamik gerate, weil

¹ MIRV (= Multiple Independently Targeted Vehicle): ein Mehrfachgefechtsskopf, dessen einzelne Sprengköpfe nach vorheriger Programmierung unabhängig voneinander in verschiedene Ziele gesteuert werden können.

² Vertrag zwischen den USA und der UdSSR vom 26. 5. 1972 über die Begrenzung der Systeme zur Abwehr ballistischer Flugkörper (ABM = Anti-Ballistic Missile).

Gleichgewicht schwer zu definieren und jede Seite geneigt sei, die eigenen Kapazitäten zu unter- und die des Gegners zu überschätzen. Dem strategischen Denken sprach er einen eher marginalen Einfluß auf den Rüstungswettrlauf zu; die meisten Doktrinen, auch die Theorie des begrenzten Atomkriegs, erfüllten nur eine Legitimationsfunktion für den tatsächlichen Ausbau der atomaren Arsenale. Er schlug eine Änderung der Verhandlungsprozedur zwischen den Blöcken vor, die mehr Erfolg versprechen könnte als Zahlendiskussionen um jeweilige Abweichungen von einer quantitativ nur unzureichend definierbaren Parität; Rüstungskontrollverhandlungen hätten erfahrungsgemäß einen bedeutenden Einfluß auf die Rüstungsplanung beider Seiten, sowohl positiver wie negativer Art.

In Modernisierungsbestrebungen, der zunehmenden Verwundbarkeit vorhandener Systeme und einer strukturellen und technischen Asymmetrie der Waffenpotentiale von Ost und West sah *A. A. Baev* von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau stimulierende Faktoren des Wettrüstens. Eindringlich warnte er, wie auch später andere Teilnehmer aus der Sowjetunion, vor der Illusion, ein Atomkrieg könne begrenzt gehalten werden. Bereits die technischen Voraussetzungen dafür seien nicht gegeben. Überdies wären Schädigungen der Biosphäre durch die Langzeitwirkung radioaktiver Verseuchungen auch dann in globalem Umfang zu erwarten, wenn die Explosionszentren auf einen Teil der nördlichen Hemisphäre beschränkt blieben.

Militärstrategie und Rüstungswettrlauf

Daß das Vorbereitungsteam des Weltkirchenrates der strategischen Debatte um die Verwendung atomarer Waffen eine zentrale Rolle zumaß, zeigte sich schon daran, daß diesem Thema im Verlauf des Hearings breiter Raum reserviert worden war. Unter den Experten herrschte weitgehend Einigkeit in bezug auf die Schwierigkeiten, einen Atomkrieg, der mit der Absicht der Begrenzung begonnen werden könnte, tatsächlich unter Kontrolle zu halten. *McGeorge Bundy*, seinerzeit Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson, setzte in seinen Ausführungen voraus, daß beide Seiten, unabhängig von ihren öffentlichen Erklärungen, sich des Eskalationsrisikos bewußt seien. Den Wert «begrenzter strategischer Optionen» sah er hauptsächlich darin, daß sie die Glaubwürdigkeit der Abschreckung erhöhen könnten. Er schloß nicht aus, daß die Fähigkeit, im Falle eines Scheiterns der Abschreckung andere Möglichkeiten der Reaktion zu haben als einen uneingeschränkten Nuklearkrieg oder die sofortige Kapitulation, dazu dienen könnte, einen einmal ausgebrochenen Konflikt schnell zu beenden. Das Problem einer schnellen Feueereinstellung habe in der bisherigen Diskussion viel zu wenig Beachtung gefunden, beanstandete Bundy. Zur Vermeidung atomarer Kriege trage konventionelle Stärke in einem häufig unterschätzten Maße bei; wer hier aus finanziellen Gründen der Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen den Vorzug gebe, gehe daher vermeidbare Risiken ein.

Hier stimmte auch *R. Neild* von der Cambridge University zu; er bezeichnete die derzeitige NATO-Strategie der «flexiblen Reaktion» als selbstmörderisch und empfahl einen drastischen Abbau der atomaren Arsenale in Europa. *B. Scowcroft*, General der US-Luftwaffe, wies die Europäer auf die Tatsache hin, daß sie selbst aufgrund finanzpolitischer Überlegungen der risikoträchtigen atomaren Komponente in der heutigen Strategie der NATO ihre prekäre Rolle zugewiesen hätten. Er betonte, die Theorie des begrenzten Atomkriegs müsse im Kontext einer sogenannten «Counterforce-Strategie» verstanden werden, in der eventuelle atomare Angriffe nicht primär auf Bevölkerungszentren, sondern auf den gesamten militärischen Apparat des Gegners vorgesehen seien.

An dieser Stelle setzte *A. Arbatov*, in führender Position am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Moskau tätig, mit seiner Kritik ein. Bereits ein auf Abschreckung mittels «gesicherter gegenseitiger Vernichtung» (MAD)

gegründetes Sicherheitssystem biete eine höchst problematische Sicherheitsgarantie; noch gefährlicher seien jedoch Versuche, diese Abschreckung durch «begrenzte nukleare Optionen» zu ergänzen. Solche Konzepte wirkten destabilisierend, weil sie einen Wettlauf um Counterforce-Waffen erzeugten, die Verwundbarkeit der bestehenden Systeme auf diese Weise ständig erhöht werde und ein Ende des Rüstungswettlaufs daher prinzipiell nicht möglich sei. Dagegen wies *P. Stratmann* von der Stiftung für Wissenschaft und Politik (SWP) bei München darauf hin, aus sowjetischen Veröffentlichungen werde deutlich, daß die Russen ihrerseits einen Atomkrieg für begrenzt und gewinnbar hielten; offensichtlich verfügten sie in wachsendem Maße auch über entsprechende militärische Mittel. Er unterschied zwischen einem begrenzten Atomkrieg und selektiven atomaren Einsätzen; nur letztere sehe die NATO im Konfliktfall vor, um beim Gegner einen Schock auszulösen und ihre Entschlossenheit zu demonstrieren. Skeptisch äußerte er sich in bezug auf eine mögliche Ablösung der taktisch-atomaren Komponente durch verstärkte konventionelle Streitkräfte. In der NATO konzentrierte man sich auf die Suche nach geeigneten Wegen, um in einem eventuellen Konfliktfall der anderen Seite mitzuteilen, welche Spielregeln man einzuhalten bereit sei, um zu einer kooperativen Lösung zu kommen. *Arbatov* entgegnete, er habe wenig Hoffnung, daß in einer solchen Extremsituation Regeln eingehalten würden, selbst wenn man sich vorher darauf verständigt habe. Die Reaktion des Angegriffenen sei kaum vorherzusagen.

Einen stabilisierenden und damit kriegsverhütenden Effekt erwartete *A. Boserup*, Soziologieprofessor in Kopenhagen, wenn es gelänge, die Staaten zu einem Umdenken in ihrer Rüstungskonzeption zu bewegen. Es komme weniger auf ein theoretisches Gleichgewicht von Waffensystemen an; entscheidend sei eine deutliche Überlegenheit von Waffensystemen, die vornehmlich zu *defensiven* Aufgaben geeignet seien, über solche, die *offensiven* Charakter trügen. Derartig strukturierte Streitkräfte könnten Bedrohungsgefühle beseitigen und verringerten auch die Anreize für einen potentiellen Angreifer, seinerseits Atomwaffen einzusetzen.

Rüstungskontrolle und Abrüstung: erreichbare Ziele?

Vor diesem Hintergrund war es nun das Ziel der letzten Sitzungen, die Chancen für eine wirksame Kontrolle des Rüstungswettlaufs auf dem Verhandlungswege festzustellen und Vorschläge multilateraler und unilateraler Abrüstungsschritte hinsichtlich ihrer Erfolgsaussichten einzuschätzen. Der sowjetische Amerikaexperte *P. Podlesni* hob hervor, die Sowjetunion messe dem auf dem Verhandlungsweg bisher Erreichten eine hohe Bedeutung bei. Er erklärte, seine Regierung sei bereit, innerhalb des SALT-Prozesses mit den USA auch über Begrenzungsmaßnahmen in der Modernisierung der strategischen Raketen-U-Boote und der auf ihnen stationierten Trägerwaffen zu verhandeln. *G. Rathjens*, Professor für politische Wissenschaften am Massachusetts Institute of Technology (MIT), äußerte sich insgesamt pessimistisch in bezug auf Ergebnisse und Aussichten von Rüstungskontrollbestrebungen: Es habe zwar durchaus nennenswerte Erfolge gegeben, doch den wichtigsten Zielen (Verminderung des Kriegsrisikos; Schadensbegrenzung für den Fall, daß das Abschreckungssystem versagt; Verminderung der immensen Ausgaben für Rüstungsprogramme) habe man sich nicht erheblich genähert. Die Erfahrung zeige, daß Verhandlungen kaum Aussicht auf Erfolg hätten, wenn sie die Begrenzung einer Technologie anzielten, von der wenigstens eine Seite einen attraktiven militärischen Nutzen erwarte. Abkommen könnten u. U. sogar die Entwicklung neuer Waffentechnologien in Nachbarbereichen stimulieren. Um zu einer effektiven Rüstungskontrolle zu gelangen, halte er unter gewissen Bedingungen einseitige Schritte für möglich und nützlich. Mit dieser These stieß er bei *G. Krell*, Mitarbeiter in der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, auf Wi-

derspruch. *Krell* befürchtete, einseitige Schritte des Westens, z. B. ein Verzicht auf die sogenannte Nachrüstung, könnten die Anreize für die Gegenseite zu entsprechenden Aktionen eher vermindern. Obwohl auch er darauf hinwies, daß sich ungeachtet laufender Rüstungskontrollverhandlungen destabilisierende Entwicklungen vollzogen hätten, trug er eine optimistische Einschätzung zukünftiger Verhandlungen vor: SALT II könne die Ausgangsbasis für ein umfassendes SALT-III-Abkommen schaffen, das sich auch auf weitreichende Mittelstreckensysteme in Europa erstrecken müßte. Politischer Druck von seiten der Bevölkerung, z. B. aus der Friedensbewegung in Europa, könne positive Auswirkungen auf die Verhandlungsbereitschaft der Supermächte zeitigen.

I. Thorsson, tätig im schwedischen Außenministerium, bestätigte *Rathjens'* These, Abkommen seien in dem Maße konsensfähig, wie der Verhandlungsgegenstand ohnehin von geringem militärischem Wert zu sein scheine. Da die Supermächte – wie auch die andern beteiligten Staaten – bei multilateralen Verhandlungen in Genf ein Vetorecht haben, könnten sie auf diesem Wege den anderen Verhandlungspartnern ihren Willen aufzwingen. Das Prinzip der Einstimmigkeit von Beschlüssen abzuschaffen, sei keine Lösung: man könne so zwar einzelne Parteien überstimmen, aber die Folge werde sein, daß diese sich an solche Beschlüsse nicht gebunden fühlten. Ohne eine grundlegende Veränderung im Sicherheitsverständnis der Atommächte, die der realen Verflechtung ihrer Interessen mit denen der übrigen Welt Rechnung trage, sei die Hoffnung auf wirksame Rüstungskontrolle gering.

Mit der Frage einseitiger Abrüstungsmaßnahmen befaßte sich *S. Bailey*, innerhalb des British Council of Churches für internationale Fragen zuständig. Eine Verwendung von Atomwaffen könne unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten nicht gerechtfertigt werden, auch ihre Androhung sei moralisch verwerflich. Chancenreicher als formelle Verhandlungen schien ihm eine drastische Reduzierung der atomaren Arsenalen für einen europäischen Kriegsschauplatz, die beiderseits auch einseitig durchgeführt werden könnte; es sei aber notwendig, solche Schritte eindeutig als *Einladung* an die Gegenseite zu rezipieren Aktionen zu kennzeichnen, damit sie nicht als Ergebnis politischer oder finanzieller Schwäche ausgelegt würden. *Bailey* warnte vor einem unbedingten Unilateralismus, der für die mit solchen Maßnahmen verbundenen Risiken blind sei; gefordert sei vielmehr jeweils eine Risikoabwägung, ob konkrete einseitige Maßnahmen oder ein Festhalten an der bisherigen Verhandlungsprozedur die größeren Gefährdungen erwarten ließen.

Breite Unterstützung unter den anwesenden Fachleuten fand der Vorschlag von *R. Forsberg*, Direktorin am Institut für Verteidigungs- und Abrüstungsstudien in Brookline, Mass., wechselseitig die Entwicklung, Erprobung, Produktion und Stationierung neuer atomarer Waffensysteme «einzufrieren». Dies könne eine wirksame Begrenzung des Rüstungswettlaufs bedeuten, die in wenigen Jahren verwirklicht werden könne. Da sich ein solches «Einfrieren» auf sämtliche geplanten Programme erstrecken würde, gäbe es keine unlösbaren Verifikationsprobleme für eine entsprechende Übereinkunft. Der Vorschlag gehe weiter als z. B. der SALT-II-Vertrag, fordere aber nicht eine abrupte Beseitigung aller Atomwaffen, für deren kurzfristige Realisierung nur minimale Chancen bestünden. Ein Produktions- und Dislozierungsstopp erscheine als Vorbedingung für wirkliche Abrüstungsschritte, z. B. für die Schaffung weiterer atomwaffenfreier Zonen. Zudem ließen Umfragen in den USA erwarten, daß eine breite Mehrheit in der Bevölkerung einem solchen Schritt zustimmen würde.

Das Problem der *Weiterverbreitung nuklearer Waffen* (Proliferation) war zentrales Thema der abschließenden Expertenbefragung. Einigkeit bestand darüber, daß es äußerst schwierig sei, einen Staat daran zu hindern, im Zuge der zivilen Nutzung atomarer Energie eine militärische Option zu realisieren. De facto habe der Vertrag über die Nichtweitergabe von Atomwaf-

fen für die Nuklearpolitik der Atommächte kaum Einschränkungen mit sich gebracht; es bestehe aber ein Zusammenhang zwischen dem Wettrüsten der Supermächte und den Gefahren weltweiter Proliferation. Besorgnis zeigte sich insbesondere gegenüber Südafrika und Israel: bei beiden Staaten könne zumindest die Fähigkeit vorausgesetzt werden, binnen kurzer Zeit atomare Waffen einsatzbereit zu machen. Im Nahen Osten werde daher verständlich, daß auch arabische Staaten die militärische Nutzung der Kernenergie anstrebten.

Anfang eines Dialogs?

In einem vorläufigen *Schlußbericht* wies die befragende Hearing-Gruppe darauf hin, daß sich im Laufe der Sitzungen der Eindruck ergeben habe, alle mit Fragen der nationalen und internationalen Sicherheit Befassten seien Gefangene eines Systems, in dem letzte Verantwortlichkeit schwer festgemacht werden könne. Es bestehe die Tendenz, jeweils anderen Faktoren Hauptursächlichkeit für die Probleme zuzusprechen als denen, die zu steuern im Bereich der eigenen Handlungsmöglich-

keiten liege. Zweck und Nutzen des Hearings sei daher auch gewesen, die auf verschiedenen Gebieten Verantwortlichen in einen Dialog miteinander zu bringen. Eine nukleare Zusammenarbeit mit Staaten, die erkennbar eine eigene Atomrüstung anstrebten, wurde ebenso verurteilt wie die Fortsetzung von Atomversuchen im Pazifik, deren Leidtragende (aufgrund radioaktiver Verseuchung) nachweislich die dort lebenden Bevölkerungen seien. Nationalen und internationalen Friedensbewegungen wurde Unterstützung zugesprochen: sie artikulierten den Wunsch vieler Menschen, an für sie lebenswichtigen Entscheidungen beteiligt zu werden, und böten vielfältige Gelegenheit, auf breiter Ebene zu einer stärkeren Orientierung an den Forderungen des Friedens und der Gerechtigkeit zu erziehen.

Für die nächsten Monate wurde ein ausführlicher «Report» an den Weltkirchenrat in Aussicht gestellt, in dem konkrete Schlußfolgerungen aus den Ergebnissen des Hearings gezogen werden sollen. Daher wäre es zu früh, die Frage abschließend zu beantworten, inwieweit die mit dem Hearing verfolgten Ziele zu erreichen waren. Die angekündigte Studie dürfte viele Probleme eingehender behandeln, die hier nur angeschnitten werden konnten. *Thomas Hoppe, Münster/Westf.*

Das Ende des Radio-Dienstes SERPAL

Das 144-teilige Radio-Drama «Ein gewisser Jesus» ist von SERPAL (Servicio Radiofónico Para América Latina) auf kirchenamtlichen Druck zurückgezogen worden. Gleichzeitig stellte dieser seit 1950 mit Erfolg und Anerkennung wirkende Radiodienst seine Tätigkeit für die Kirche in Lateinamerika ein. Damit verliert die Kirche im Bereich der Medien ein erprobtes und vielversprechendes Arbeitsinstrument. Diese Arbeit war gekennzeichnet von Eigeninitiative und lebte von der personellen Seite her vom uneigennütigen Einsatz von Mitarbeitern und sogenannten Koordinatoren, die über ganz Lateinamerika ein beachtliches Verteilernetz aufbauten. Diese weitverzweigte Arbeitsgemeinschaft glich mehr einer Bewegung als einer amtlich etablierten Organisation, obwohl sie die Zusammenarbeit mit kirchlichen Medienstellen suchte, wo immer diese über ihr bloßes Dasein hinaus auch tätig sein wollten. Dieses Arbeitskonzept war für die kirchlichen Hilfswerke in der Bundesrepublik geradezu vorbildlich, denn hier wurde mit relativ geringen Mitteln vieles erreicht. Die Leidtragenden der «Selbstauflösung» sind nun die Katecheten, die Verantwortlichen für Sendezeiten an Lokalsendern, die Schulen und Basisgemeinden der betroffenen Region.

Angesichts des Scherbenhaufens fragt man sich, wie die Verantwortlichen in der Kirche Lateinamerikas einen solchen Radiodienst ersetzen wollen.

In unserem ersten Bericht (Orientierung vom 30. September 1981, S. 199ff.) hatten wir noch die Hoffnung, die Päpstliche Kommission für die Sozialen Kommunikationsmittel würde die Diskussion um die umstrittene Jesusserie in vernünftige Bahnen lenken. Diese Hoffnung wurde im Oktober des vergangenen Jahres bitter enttäuscht. Es fand tatsächlich in Rom ein Treffen statt, an welchem die päpstliche Medienkommission vertreten war, zusammen mit der innerkurialen Koordinationskommission für Lateinamerika (CAL) und Erzbischof *López Trujillo*, dem Präsidenten des lateinamerikanischen Bischofsrates (CELAM), sowie Vertretern der Hilfswerke *Misereor* und *Adveniat*. Entgegen anderslautenden Berichten waren die Autoren von «Ein gewisser Jesus» nicht eingeladen. Dies ist verständlich, denn nun ging es plötzlich nicht mehr um diese Produktion, sondern um den Produzenten SERPAL selber. Mit andern Worten wurde einfach vorausgesetzt, daß diese Jesusserie eine «unglückliche» Sache sei, die sich niemals wiederholen dürfe; deswegen müsse SERPAL selber in die Kontrollmechanismen des CELAM einbezogen werden. Man äußerte dort viel Lob für die bisherige Tätigkeit. Die Leute von SERPAL erkannten jedoch, daß das Lobenswerte anderswo den le-

bendigen Grund hatte als in dem, was man aus ihnen machen wollte. Sie wollten sich nicht «kassieren» lassen und lösten den Dienst auf.

Opfer eigener Arglosigkeit

Eine umfassende Darstellung dieser traurigen Geschichte soll in Ausarbeitung sein und wird später wohl in Buchform erscheinen. Es dürfte ein Lehrstück für alle Beteiligten werden, wie man es nicht machen sollte. Schon heute lassen sich einige Züge nachzeichnen, die zu denken geben.

Die Mitarbeiter und Koordinatoren bildeten eine weitverzweigte Arbeitsgemeinschaft von stark motivierten Menschen (siehe *Kasten*). Sie waren die tragenden Kräfte im Verteilernetz. Jedes Land hatte einen Koordinator. In ihrer Arglosigkeit hatten sie eine offene Informationspolitik. So auch der Koordinator von Costa Rica. Noch vor der eigentlichen Verteilung der Kassetten stellte er die Jesusserie dem Klerus und Seelsorgehelfern vor. Einer der Anwesenden wurde besonders schockiert. Es war der in Costa Rica bekannteste Theologe, der Karmeliterpater *Saera Ferrada*. Uneingedenk des Herrenwortes «Wenn dein Bruder sündigt, dann geh zu ihm und weise ihn unter vier Augen zurecht» (Mt. 18, 15) übersprang er alle näherliegenden Dialogmöglichkeiten und ging direkt zum Nuntius von Costa Rica und zum dortigen Erzbischof *Román Arrieta Villalobos*, welcher zugleich einer der Vizepräsidenten des CELAM ist. Damit wurden gleich zwei Kanäle erschlossen für das Gutachten, das sich auf nur zwanzig Teile stützte und offensichtlich den 400seitigen Leitfaden, der theologisch sorgfältig erarbeitet worden war, nicht berücksichtigte. Der eine Kanal führte ins Staatssekretariat des Vatikans, der andere zum CELAM, welcher seinerseits die Bischofskonferenzen alarmierte und all die negativen Entscheidungen gegen die Jesusserie einleitete. So kam der Stein ins Rollen. Das Kontrollieren geriet außer Kontrolle, könnte man sagen, wenn man die heutige Verlegenheit sieht. Dabei sündigten die Leute von SERPAL nicht aus Mißtrauen gegenüber den kirchlichen Stellen, sondern ließen sogar unrichtige Presseerklärungen von kirchlichen Autoritäten unerwidert, gerade weil sie diesen Stellen vertrauten. Es kann vorkommen, daß loyale Menschen die härtesten Schläge treffen.

Warum Selbstauflösung?

Das «späte Lob» von Seiten der Römer Versammlung könnte die Frage aufkommen lassen, warum SERPAL die Jesusserie nicht einfach zurückzieht und mit neuen Projekten weiter-

SERPAL ist eine Gruppe von Personen ...

SERPAL ist in der letzten Zeit ins Gerede gekommen, und ein Gremium wollte in Rom über die Zukunft von SERPAL beraten. Was aber ist SERPAL?

SERPAL ist eine Gruppe von *Personen*, die im Dienst der sozialen Kommunikation in Lateinamerika arbeitet und anhand der Medien zur Evangelisierung der Menschen beitragen möchte. Wie kann man in Rom über sie entscheiden und sie selbst dabei völlig am Rande liegenlassen? SERPAL besitzt keine Maschinen, verfügt über keine elektronischen Geräte, hat keine eigenen Sendestationen. Nur dank des Einsatzes seiner Koordinatoren, die nicht aus wirtschaftlichem und finanziellem Interesse, sondern aus Berufung arbeiteten, gelang es im Laufe der Jahre, zeh-, fünfzig-, ja hundertfältige Frucht aus einem Samenkorn - sprich: zur Verfügung gestellten Programm - hervorzubringen.

Wissen diejenigen, die über SERPAL befinden wollen, wer diese Personen sind und was sie getan haben?

SERPAL ist ein Jesuit, der, weil er sich für die Gerechtigkeit und die Verwirklichung des Reiches Gottes auf Erden engagierte, von zwei lateinamerikanischen Diktaturen des Landes verwiesen worden ist und an jedem neuen Wirkungsort von vorne anfang, den Dienst bekanntzumachen.

SERPAL ist auch der Mann mit den herben Gesichtszügen, Salesianer, der viele Nächte mit den Schuhputzerjungen von Quito in einem Schuppen teilt, wie ein guter Vater, der jede freie Minute bei den Kindern, die ihn brauchen, zubringen will und der so das Evangelium in die Tat umsetzt, das er durch die Programme verkündet.

Ein Ingenieur im Laienstand, der seinen Beruf aufgab, um im Medienbereich für das Volk Gottes in Mexiko zu arbeiten, und eine kanadische Ordensfrau, die Familie und Heimat verließ, um Dias, Kassetten und Posters in die Pastoral in Honduras einzuführen, gehören dazu.

SERPAL ist auch ein Universitätsprofessor in Venezuela, der häufig den Hörsaal mit einer Hütte in den Ranchos von Caracas vertauscht, um, Gleicher unter Gleichen, mit denen, die die Gesellschaft ausgestoßen hat, die Programme zu diskutieren. Oder ein José Ignacio López Vigil, Koautor der Serie «Un tal Jesús», der, arm unter Armen, in der verlassensten Ecke der Dominikanischen Republik haust und das ohne Abstriche lebt, was er schreibt.

SERPAL ist auch ein Salesianer in Buenos Aires, der unter schwierigen Verhältnissen die Buchhandlungen für den Dienst erschloß, und ein Claretiner, der wiederholt alle Diözesen Kolumbiens aufsuchte, um in Kurzkursen Priestern, Ordensleuten und Katechisten den pastoralen Gebrauch der Programme zu erläutern.

In Guatemala widmet sich ein La-Salle-Bruder trotz der dramatischen Situation seines Landes unermüdlich der Ausbildung von Diskussionsleitern, und Teresa in Peru

suchte Subkoordinatoren und Mitarbeiter im Altiplano-Gebiet, im Urwald und an der Küste, um trotz der schwierigen geographischen Form des Landes den Dienst in den entlegensten Gebieten aufrechtzuerhalten. Oder Nelly, die in mühsamer Kleinarbeit jedem Interessenten, der in das Zentrum in Uruguay kommt, eine detaillierte Unterweisung, einen Minikurs über die Anwendungsmethode der Programme gibt, auch sie zählen dazu.

Auch der Weltpriester Epifanio, «Pifo», wie ihn liebevoll die «Serpalinos», die Personen, die diese Programme gebrauchen, nennen, ist SERPAL. Von Cañas in Costa Rica aus verausgabte er sich völlig durch Abziehen von Rundbriefen, Broschüren und Handzetteln für den Dienst. Ebenso wie das chilenische Katechetehepaar, dessen Freizeitbeschäftigung es ist, Leitfäden für die Programme zu schreiben, Lalita und Lucho, denn in der SERPAL-Familie zählen nicht Titel und Positionen, sondern Personen, Lalita und Lucho, gleich wie in der Serie «Moreno» und «Rot-schopf».

Auch ein Salesianerpater in Paraguay gehört zu SERPAL, der solchen, die nicht bezahlen können, gratis die Programme überspielt, ebenso wie Paulina in La Paz, die für die bolivianischen Minenarbeiter einen Programmausleihdienst eingerichtet hat.

SERPAL ist auch Ramón Barreto, der von Kolumbien aus seit über 10 Jahren Tausende von Programmen und Leitfäden vervielfältigte bzw. druckte und diese verteilte und der seine fünf Kinder, seinen «Clan», wie er sagte, heranzog, um präzise und pünktlich den Koordinatoren das Material zur Verfügung zu stellen und die Verteilerliste auf dem laufenden zu halten, und dies ohne Sondervergütung, nur aus dem Bewußtsein, einer guten und wichtigen Sache zu dienen.

Nicht namentlich möchten wir die Autoren und engen Mitarbeiter aufführen, die von Fall zu Fall durch ihre Texte, durch Artikel, Untersuchungen, Studien und Befragungen mithalfen, SERPAL zu mehr zu machen als einer bloßen Programmverteilereinrichtung, bis hin zu jenem Gelähmten, der in seinem Rollstuhl Etiketten auf die Kassetten klebt. Auch sie sind SERPAL.

Will man über SERPAL befinden, kann man wohl über das Geld beschließen, das diese Gruppe bekam, um den Dienst leichter voranzubringen, aber nicht über die Personen.

Wir haben in der letzten Zeit viel wegen der lateinamerikanischen Hierarchie gelitten, aber auch viel Trost von seiten deutscher Institutionen bekommen, die uns nicht nur finanziell unterstützten. Es ist hier nicht der Ort, uns dafür zu bedanken, aber wenn sie uns noch einen letzten Dienst erweisen möchten, dann den, bei den entsprechenden Stellen zu sagen, was SERPAL wirklich war.

macht. Da drängen sich alsogleich einige Rückfragen an die Qualität dieses Lobes auf. Nur zu gut wissen die Leute von SERPAL, unter welchen Arbeitsbedingungen ihr Werk so lobenswert funktionierte und unter welchen «neuen» Bedingungen es eben nicht mehr funktionieren kann. Auch das Leben in der Kirche bedarf einer gewissen Eigenständigkeit, besonders die Tätigkeit, die aus der Basisarbeit herauswächst, wo die eigene Motivation und schöpferische Phantasie eine so große Rolle spielen. Dabei streitet niemand der Kirche eine - auch nach dem Evangelium vertretbare - Kontrollfunktion ab. Hier aber kann man sich fragen, ob das Leben zu Tode kontrolliert wurde, oder ob, wie zu lesen war, sich SERPAL «stolz den Todesstoß gab». An Dialogbereitschaft von seiten des SERPAL hat es nicht gefehlt. Überdies hatte die Serie «Ein gewisser Jesus»

in der Form des Drehbuches ein kirchliches Imprimatur von Madrid, wo es technisch hergestellt und herausgegeben wurde. Rechtlich gibt es daran nichts zu deuteln. Außerdem besitzen die beiden Autoren, das Geschwisterpaar *Maria* und *José Ignacio López Vigil*, die aus Castros Kuba geflohen waren, einen spanischen Paß. Für ihre Sakramentenserie über Taufe und Ehe, sowie jene über Franziskus erhielten sie seinerzeit sogar vatikanische Zuschüsse. Wie erklärt man deren plötzliche Disqualifizierung?

Ein weiterer Grund zur Selbstaflösung dürfte wohl auch darin gesucht werden, daß ein Werk dieses Ausmaßes, das Jahre beanspruchte und auf Jahre des Einsatzes geplant war, einen wesentlichen Teil des Radiodienstes ausmachte. Man kann an einem Organismus auch zu große Amputationen vornehmen.

Auf pastoraler Ebene stellt sich die Frage: Wer darf in Wort, Schrift, Bild und Werk noch ein christliches Zeugnis im Sinne des Evangeliums ablegen, ohne jedesmal erst eine amtliche Beglaubigung einzuholen, was SERPAL ja noch tat? Diese Tendenz einer Monopolisierung des Glaubenserzeugnisses hat eine entmutigende Wirkung.

Auf der Suche nach einer Nachfolgeinstitution

Die Kirche in Lateinamerika braucht einen mindestens ebenso guten Ersatz für den verlorenen Radiodienst. An eine Wiederbelebung von SERPAL wagt nach allem niemand zu glauben. Auf Einladung von *Adveniat* haben im vergangenen Dezember zuständige Leute getagt und den UNDA-Präsidenten von Lateinamerika beauftragt, vor Ort bestehende Initiativen zu erkunden, ihre Erfolgchancen zu prüfen und in Erfahrung zu bringen, welche Inhalte und welche Bereiche zu berücksichtigen wären. Es soll mit der Zeit in Lateinamerika selber eine entsprechende Dienststelle errichtet werden.

Gleichzeitig liebäugelte man mit dem Gedanken, die anstoßerregende Folge «Ein gewisser Jesus» in die «Erbmasse» eingehen zu lassen. Man redet von Beobachtern, die mit einer inoffiziellen Verbreitung der Serie rechnen.¹ Überdies nimmt man an, daß der Sinn für die Sprache dieser Serie wächst. Die Rettung von «Ein gewisser Jesus» wäre wahrlich auf geraderen Wegen möglich gewesen! Jede Nachfolgeinstitution müßte jedoch studieren, was SERPAL wirklich (gewesen) ist.

Der Sitz in München war eine bescheidene Koordinationsstelle, wo zwei Frauen, Dr. *Franziska Moser* und *Elena Otero*, hauptamtlich die Geschäfte führten.² Sie sammelten Anregungen und Wünsche von Seiten der Bischöfe, der Koordinatoren und Mitarbeiter. Sie vermittelten Vorschläge an Kenner der Situation und an mögliche Autoren und fanden heraus, durch wen und wo das Gewünschte realisiert werden konnte. Es war eine Art Clearingstelle, ein Dienst. Aber über das Organisieren und Koordinieren hinaus war da eine Gruppe von Menschen am Werk, denen das Evangelium das eigentliche Anliegen war.

Karl Weber

¹ Tatsächlich weiß man von mindestens vier Bischöfen, daß sie in Wahrnehmung ihrer kanonischen Rechte von den Beschlüssen der Bischofskonferenzen abweichen und die Serie in ihren Diözesen einsetzen.

² SERPAL war das Hauptprojekt eines Vereins, welcher weiterhin besteht und sich *Arbeitskreis für Christlich-soziale Bildung e. V. München* nennt; sein Präsident ist Prälat Wissing.



Herausgeber: Institut für weltanschauliche Fragen
Redaktion: Ludwig Kaufmann, Clemens Locher, Karl Weber, Albert Ebner, Mario v. Gall, Robert Hotz, Josef Renggli, Josef Rudin, Pietro Selvatico
Ständige Mitarbeiter: Paul Erbrich (München), Raymond Schwager (Innsbruck)
Anschrift von Redaktion und Administration: Scheideggstr. 45, CH-8002 Zürich, Tel. (01) 2010760
Bestellungen, Abonnemente: Administration
Einzahlungen: «Orientierung, Zürich»
Schweiz: Postcheck Zürich 80-27 842
Schweiz. Kreditanstalt Zürich-Enge
Konto Nr. 0842-556967-61

Deutschland: Postcheckkonto Stuttgart 6290-700
Österreich: Postsparkasse Wien, Konto Nr. 2390.127
Italien: Postcheckkonto Rom Nr. 29290004
Abonnementspreise 1982:
Schweiz: Fr. 32.-/Halbjahr Fr. 17.50/Studenten Fr. 24.-
Deutschland: DM 37.-/Halbjahr DM 21.-/Studenten DM 28.-
Österreich: öS 285.-/Halbjahr öS 160.-/Studenten öS 200.-
Übrige Länder: sFr. 32.- plus Versandkosten
Gönnerabonnement: Fr. 40.-/DM 45.- (Der Mehrbetrag wird dem Fonds für Abonnemente in Ländern mit behindertem Zahlungsverkehr zugeführt.)
Einzelexemplar: Fr. 2.-/DM 2,50/öS 20,-

AZ

8002 Zürich

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion

Bibel/Judentum: zwei Lexika

Johann Maier/Peter Schäfer, Kleines Lexikon des Judentums. Stuttgart: Verlag Kath. Bibelwerk 1981, 332 S., mehrere Abb., DM 24,50.

Ein hartnäckiges antijüdisches Vorurteil knüpft bei den von Juden ausgeübten Berufen an, besonders bei ihrer Tätigkeit im Handel und im Bankwesen. Daß Europas jüdische Minderheit zu beruflicher «Spezialisierung» durch die Umstände gezwungen war, hat sich noch nicht überall herumgesprochen. Dies ist nur ein Beispiel für einen Informationsrückstand, der mit dem neuen «Kleinen Lexikon des Judentums» endgültig behoben sein sollte.

Das Gemeinschaftswerk der beiden Kölner Judaisten J. Maier (evang.) und P. Schäfer (kath.) umfaßt so ziemlich alles, was ein Christ an erster Information über die jüdische Religion braucht – von deren Ursprüngen bis zur aktuellen Tagespolitik. Das Lexikon enthält z. B. Kurzbiographien führender Gestalten des modernen Judentums (von Martin Buber bis zu David Ben Gurion und Menachem Begin); es behandelt die jüdische Geschichte nach Personen (z. B. Mose, Karl Marx) und Themen (z. B. Qumran, Talmud, Kabbala, jüdischer Sozialismus); es dokumentiert die nicht zuletzt von den Christen verursachte jüdische Leidensgeschichte (Stichwörter wie Antisemitismus, Diaspora, Exil, Judenmission, Ritualmord, aber auch Endlösung, Nationalsozialismus); es informiert über jüdische Theologie (von «Tora» bis «Holocaust-Theologie») und über die Vielzahl von Tendenzen im Judentum (angefangen bei den Pharisäern über die großen religiösen Strömungen der Neuzeit – Orthodoxie, Konservatives und Reform-Judentum – bis zum Zionismus). Die kritisch-differenzierte Position des Werkes wird gerade in Artikeln wie «Israel» und «Zionismus» erkennbar.

Ob Laie oder Theologe, Religionslehrer oder Israelfahrer – dieses Handbuch im Taschenformat ist für alle geeignet, die nach knappen, kompetenten Informationen über das Judentum suchen.

O. Odelain/R. Séguineau, Lexikon der biblischen Eigennamen. Übersetzt und für die Einheitsübersetzung der Hl. Schrift bearbeitet von Franz Joseph Schierse. Düsseldorf: Patmos Verlag/Neukirchen-Vluyn: Neukirchener Verlag 1981, XXXIV + 424 S. + 12 Karten, DM 82,- (Vorzugspreis bis 31. März: DM 70,-).

Etwa ein Achtel der Bibel (nämlich ca. 37540 Wörter) besteht aus Eigennamen! Viele davon tauchen häufig auf, allen voran der etwa 6800mal belegte Gottesname JHWH. Schon der statistische Befund macht deutlich, daß ein Eigennamenlexikon für den Bibelleser ein eigentlich unentbehrliches Hilfsmittel ist. Der bekannte Neutestamentler F. J. Schierse hat das französische Originalwerk von O. Odelain und R. Séguineau für die deutsche Sprache und für die Schreibweise der Eigennamen, wie sie die «Einheitsübersetzung» gemäß den ökumenischen «Loccumer Richtlinien» bietet, adaptiert.

Das neue, in seiner Anlage bisher einzigartige Lexikon erfaßt in etwa 3800 Registrierungen und Artikeln *sämtliche* in der Bibel vorkommenden Eigennamen (Götter, Engel, Menschen, Titel, geographische Bezeichnungen). Zu jedem Namen werden in erster Linie – jedoch durch manche Daten aus Archäologie und Profangeschichte abgerundet – die von der Bibel selbst gebotenen Informationen in knapper Zusammenfassung mitgeteilt. In der Übernahme der Sichtweise der jeweiligen biblischen Schrift, auch wo diese einseitig oder tendenziös ist, gehen die Autoren wohl gelegentlich zu weit. So wird der nicht vorgewarnte Leser die Details mancher Artikel (etwa über König Manasse, 687–642 v. Chr.) für bare historische Münze nehmen. Zwar fehlen bibelkritische Korrekturen sowohl in der wichtigen Einführung (S. IX–XXXIV) wie in vielen Artikeln nicht; aber sie hätten da und dort noch ergänzt bzw. verdeutlicht werden müssen.¹

Ein paar Beispiele mögen die Dimensionen des Werkes andeuten: die Seiten XVI–XXII der Einführung entwerfen ein buntes «soziologisches Panorama» aufgrund der biblischen Berufs- und Standesangaben; der Artikel «Jesus» verzeichnet zugleich die für ihn gebrauchten Titel und Würdenamen; ein über 50seitiger Anhang bringt Listen, z. B. der Stämme Israels und der 12 Apostel, aber auch der biblischen Frauengestalten, ferner Zeitafeln, eine «Synopsis der Hauptpersonen der Bibel» und 12 mehrfarbige Karten; bei jedem Namen wird die Häufigkeit genau vermerkt. Alles in allem: ein gelungenes, praktisches Handbuch!

Clemens Locher

¹ Gelegentlich vermißt man auch eine *literaturgeschichtliche Differenzierung* der biblischen Angaben, was sich gerade bei zentralen Stichwörtern wie «Israel» oder «Mose» (wo pauschal vom «biblischen Mosebild» die Rede ist) verzerrend auswirkt. – Unter dem Stichwort «Junias» fehlt der Hinweis, daß die Röm 16, 7 vorkommende Namensform auch als «Junia» gelesen werden und auf eine «Apostelin» bezogen sein könnte (vgl. Orientierung 1981, S. 33, Anm. 2).